

WIRTSCHAFT

ELBE-WESER



» Was Unternehmen stark macht. Sicherheit in der Wirtschaft.

IHK-Konjunkturumfrage – Leichte Stimmungsaufhellung ohne nachhaltigen Aufschwung Seite 40

PPWR – Gute Ziele, aber erheblicher Mehraufwand für Unternehmen Seite 44

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.



Supporte uns als

SOLDAT/IN

für Radarelektronik (m/w/d)

z. B. beim Aufklärungsbataillon 6 in Eutin



Alles zum Job unter:
bundeswehrkarriere.de



BUNDESWEHR

Foto: privat



Sebastian Vossmann
Präsident der IHK Elbe-Weser

Demokratie braucht ein verlässliches Fundament

Mitte September hat Niedersachsen gewählt. Wahlen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer freiheitlichen Demokratie. Sie zeigen zugleich, wie unterschiedlich die Erwartungen an Politik und die Vorstellungen über den richtigen Weg für unser Land geworden sind.

Gerade in Zeiten großer Veränderungen ist es deshalb wichtig, sich auf das zu besinnen, was uns verbindet und unser Gemeinwesen trägt: das Grundgesetz, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Rechtsstaat, die Freiheit des Einzelnen und die Verantwortung, die mit dieser Freiheit verbunden ist. Dieses Fundament steht nicht mit jeder politischen Debatte neu zur Disposition. Es bildet vielmehr den verlässlichen Rahmen, innerhalb dessen unterschiedliche Auffassungen miteinander konkurrieren können.

Für uns als regionale Wirtschaft ist dieses Fundament von unmittelbarer Bedeutung. Unternehmen brauchen Rechtssicherheit, verlässliche Rahmenbedingungen, offene Märkte und politische Stabilität. Unternehmerische Initiative setzt Freiheit voraus – und die Gewissheit, dass Regeln gelten und staatliches Handeln berechenbar bleibt.

Auch wir als Industrie- und Handelskammer stehen auf diesem Fundament. Wir vertreten das Gesamtinteresse unserer Mitgliedsunternehmen und bringen dabei sehr unterschiedliche Perspektiven zusammen. Gerade darin liegt eine Stärke der IHK: Aus unterschiedlichen Interessen gemeinsame Positionen zu entwickeln und diese in die politische Debatte einzubringen.

Mit der neuen Vollversammlung wollen wir deshalb den Blick nach vorn richten. Welche Grundlagen brauchen unsere Wirtschaft und unsere Region, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein? Was wollen wir bewahren – und was müssen wir gerade deshalb verändern?

Diesen Fragen wollen wir uns gemeinsam stellen und daraus einen Zukunftskompass für die IHK Elbe-Weser entwickeln. Er soll Orientierung geben, ohne politische Antworten vorwegzunehmen. Denn über den richtigen Weg kann und muss gestritten werden. Das gemeinsame Fundament, auf dem wir diesen Diskurs führen, muss aber stets verlässlich und wehrhaft bleiben.

Demokratie und soziale Marktwirtschaft leben von Freiheit und Verantwortung – und davon, dass Menschen bereit sind, ihre Zukunft selbst mitzugestalten. Auf dieses weitere Gestalten freue ich mich!

> Titel:

Carsten Schmädke ist Vertriebsleiter Electric Power Diesel bei der Firma Zeppelin in Achim, die unter anderem Notstromaggregate für Unternehmen produziert und auch Versorgungskonzepte erstellt.

Titelthema

Was Unternehmen stark macht. Sicherheit in der Wirtschaft.



Nicht das Kind in den Brunnen fallen lassen

Klimawandel, Kriege, kriminelle Energie. Als wäre der unternehmerische Alltag nicht schon herausfordernd genug – von Bonpflicht bis PPWR, auch darüber berichten wir in dieser Ausgabe – kommen Gefahren, die aus diesen drei „Ks“ erwachsen, noch obendrauf. Und zwar für alle Unternehmen. Da würde man

sich am liebsten wegducken und still denken: „Wird mich schon nicht erwischen.“ Verständlich. Aber leider gefährlich. Wir klären auf und zeigen zugleich, wie kleine Schritte große Wirkung entfalten können. Und wo Sie Hilfe bekommen. Fangen Sie einfach an. Heute. Nur einen Schritt. Und morgen einen zweiten.



**40 IHK-Konjunkturumfrage:
Leichte Stimmungsaufhellung
ohne nachhaltigen Aufschwung**



**44 PPWR: Gute Ziele, aber
erheblicher Mehraufwand
für Unternehmen**

6 Kurz & Kompakt

10 Titelthema

- 10 Notstrom aus Achim: Gut gerüstet für den Blackout
- 14 Für den Ernstfall gut aufgestellt
- 18 Mehr als schöne Fassaden:
Was sichere Zentren brauchen
- 21 „Es sind alle betroffen“
- 23 Krisenfest aufgestellt:
Neuer IHK-Vorsorgeplan für Unternehmen
- 24 Sicherheit für Küste, Umwelt und Wirtschaft
- 26 Sicherheit in der Wertschöpfung:
Das Rüstungscluster Niedersachsen
- 28 IHK-Arbeitskreis Security & Defence tagt
im THW-Ausbildungszentrum Hoya
- 29 Cybersicherheit stärken
- 32 IHK-Webinar: Grundlagen der Cybersicherheit für KMU
- 32 Resilienz erfordert Zusammenarbeit

40 Standort Elbe-Weser

- 41 Jedes dritte Industrieunternehmen
verlagert Produktion ins Ausland
- 42 Entscheidungen treffen, loslegen!
- 46 Digitale Bonpflicht ersetzt keine Entbürokratisierung
- 47 Infrastruktur-Milliarden kommen nur schrittweise an
- 50 Reservisten-Einsatz künftig verpflichtend
- 51 Adrian: Mit mutigen Reformen zum weltoffenen,
wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort
- 51 Steuerreform 2027: Wirtschaft warnt vor Belastungen
für Personenunternehmen

52 Service

- 53 Meisterhaft in Zahlen
- 54 Rechtsprechung aktuell
- 56 Servicequalität als Wettbewerbsvorteil

58 Schlusspunkt

Sonderthema

- 34 Nachhaltige Energie

Um das Lesen zu vereinfachen, verzichten wir auf
Schreibweisen wie „Teilnehmer*innen“. Selbstverständlich
sind stets alle Geschlechter angesprochen.



Wir begleiten Sie von der ersten Idee
bis zur schlüsselfertigen Übergabe.

Als **Architekten, Ingenieure und
Generalunternehmer** verbinden wir
Planung, Statik und Bauausführung
in einem klaren, verlässlichen Prozess.



Für Privat & Gewerbe:

- Neubau & Sanierung
- Wohngebäude
- Gewerbe- und Industriebau
- Genehmigungsplanung
- Feuerwehrläne
- Brandschutzplanung

BREMEN BUILDINGS GmbH
Landstraße 30 | 28870 Fischerhude
Tel.: 04293 91 90 90 0
welcome@bremen-buildings.de



Foto: Artem Solopov, TAD Pharma GmbH

Von links nach rechts: Davor Martin Kalin, Geschäftsführer TAD Pharma, Sabine Jungclaus, Ausbilderin/Senior HR Associate TAD Pharma, Christoph von Speßhardt, Hauptgeschäftsführer IHK Elbe-Weser, Britta Sprenger, Head of HR TAD Pharma, Dirk Immken, Leiter Aus- und Weiterbildung IHK Elbe-Weser

IHK Elbe-Weser verleiht Gütesiegel

Die IHK Elbe-Weser hat die TAD Pharma GmbH mit dem Siegel „TOP Ausbildung“ ausgezeichnet. Damit ist sie eine von bislang neun Unternehmen im Elbe-Weser-Raum, die diesen besonderen Qualitätsnachweis erhalten haben. Vorausgegangen war ein anspruchsvoller Auditprozess, bei dem die unabhängigen Auditoren Karl Kirn und Dietmar Wohlgemuth vor Ort im Unternehmen die Bereiche Ausbildungsmarketing/Recruiting, Start der Ausbildung, Organisation und Durchführung, Prüfung sowie Abschluss der Aus-

bildung/Personalentwicklung sehr genau unter die Lupe nahmen.

Die Auditoren bescheinigten TAD, „dass es sich um ein sehr engagiertes Ausbildungsunternehmen handelt, welches mit hoher Qualität und einer strukturierten Betreuung überzeugt“. Besonders lobten die Auditoren den wertschätzenden Umgang mit den Auszubildenden, ihre enge Einbindung in die Teams sowie die Möglichkeit, von Beginn an eigene Ideen umsetzen zu können. So dürfen die Auszubildenden zum Beispiel die Zusatz-

DIHK-Ausbildungsumfrage 2026:

Engagement der Betriebe auch in der Krise hoch

qualifizierung „Energie-Scouts“ absolvieren und die daraus resultierenden innovativen Ideen auch gleich in mehreren betriebsinternen Projekten anwenden.

„Gute Ausbildungsqualität sichtbar machen – darum geht es beim Zertifizierungssystem der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern“, betonte Christoph von Speßhardt, Hauptgeschäftsführer der IHK Elbe-Weser, und freute sich, TAD das Qualitätssiegel für die Dauer von drei Jahren zu überreichen.

Das an TAD verliehene Qualitätssiegel bestätigt den hohen Stellenwert, den die Ausbildung bei TAD Pharma seit vielen Jahren einnimmt. Als wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur zielt sie darauf ab, junge Talente fachlich und persönlich zu fördern, sie langfristig zu entwickeln und ihnen erfolgreiche berufliche Perspektiven zu eröffnen.

„Die Auszeichnung als Top-Ausbildungsbetrieb bestätigt unseren Anspruch, jungen Menschen eine qualitativ hochwertige Ausbildung und attraktive Entwicklungsperspektiven zu bieten“, hebt Britta Sprenger, Head of HR, hervor. „Die Förderung von Nachwuchskräften ist für uns eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Unternehmens und unserer Region.“ Maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Zertifizierung von TAD als Top-Ausbildungsbetrieb hatte Ausbilderin Sabine Jungclaus, die den gesamten Auditprozess koordinierte und begleitete.

Die Auszeichnung unterstreicht das langfristige Engagement von TAD Pharma für eine hochwertige Gesundheitsversorgung und eine starke Nachwuchsförderung. ■

Die Unternehmen in Deutschland setzen auf die duale Ausbildung – obwohl ihnen die angespannte Wirtschaftslage zu schaffen macht und passende Bewerber nach wie vor schwer zu finden sind. Das belegt die DIHK-Ausbildungsumfrage 2026: Von den rund 14.000 Betrieben, die sich an der Erhebung beteiligt haben, bieten gut 70 Prozent im Vorjahresvergleich genauso viele oder sogar mehr Ausbildungsplätze an.

„Angesichts der dramatischen Lage der deutschen Wirtschaft ist das ein starkes Signal“, kommentiert DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov die Zahlen. „Es zeigt, dass Ausbildung für die Unternehmen auch in herausfordernden Zeiten höchste Priorität hat. Die Betriebe wissen, dass gut qualifizierte Fachkräfte entscheidend für ihren aktuellen und zukünftigen Erfolg sind.“ Und so übernehmen trotz der aktuellen Wirtschaftskrise auch rund zwei Drittel der Unternehmen alle ihre Absolventen. Mehr als 80 Prozent wollen ihre ehemaligen Azubis bei zukünftigen weiteren Qualifizierungen unterstützen.

Die größte Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt bleibt der Umfrage zufolge der Mangel an passenden Bewerbern. Die Unternehmen sehen besonders häufig

Defizite im Arbeits- und Sozialverhalten, bei kognitiven Kompetenzen, aber auch bei den Mathe- und Deutschkenntnissen oder wirtschaftlichem Grundwissen.

Gleichzeitig zeigen die Betriebe eine hohe Bereitschaft, die Bildungslücken der Azubis in eigener Initiative zu schließen. Drei Viertel der Unternehmen, die Defizite feststellen, sind offen für Auszubildende mit Startschwierigkeiten und unterstützen sie etwa mit Nachhilfe. „Gerade kleine und mittlere Betriebe können aber nicht dauerhaft die Versäumnisse anderer Bereiche ausgleichen“, gibt Melnikov zu bedenken. „Hier ist die Politik gefordert, die Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiografien zu stärken.“ Neben einer stärkeren Wirtschaft benötigten die Unternehmen ein Bildungssystem, das jungen Menschen die notwendigen Grundlagen für Ausbildung und Beruf vermittele, so die DIHK-Hauptgeschäftsführerin. Zudem seien strukturelle Reformen in der Wirtschafts- und Bildungspolitik notwendig, um den Ausbildungsbetrieben den nötigen Rückenwind zu verschaffen. Die Bundesregierung habe wichtige Ansätze auf den Weg gebracht, so Melnikov. „Jetzt kommt es darauf an, dass diese schnell und spürbar in der Praxis greifen.“ ■

JUBILÄEN

50-jähriges Geschäftsjubiläum

Ton- und Bühnentechnik e. K., Scheeßel 1.9.2026

Hinweis: In dieser Übersicht werden Jubiläen ab 25 Jahren veröffentlicht.

Weitere Informationen:

IHK Elbe-Weser, Manuela Hintelmann,

Telefon: 04141 524-127,

E-Mail: manuela.hintelmann@elbeweser.ihk.de

Weitere Informationen:

www.tad.de/karriere/auszubildende-studenten

Birgit van Aken blickt auf 30 Jahre Selbstständigkeit zurück

1996 hat sich Birgit van Aken als Finanzberaterin bei Plansecur selbstständig gemacht. Nach zwölf Jahren in einer Großbank wollte sie eigenverantwortlich arbeiten, Entscheidungen selbst treffen und ihren beruflichen Weg gestalten – „frei sein!“, wie sie betont.



Foto: Sascha Männel

Die Verbindung von unternehmerischer Freiheit vor Ort und einer starken Gemeinschaft bei Plansecur überzeugte sie und tut es bis heute. Als Führungskraft in der Bank kannte sie Produktvorgaben, ständiges Controlling der Mitarbeitenden und fand sich nun wieder in einem Unternehmen, das keine hauseigenen Produkte hat, keine Zielwerte oder Incentives, sondern die Ziele und Wünsche der Kunden in den Mittelpunkt stellt.

„Weil wir wertschätzen“ ist für mich kein Claim, sondern eine Haltung, die meine Arbeit seit drei Jahrzehnten prägt: Menschen ernst nehmen, Vertrauen schenken, zuhören und langfristige Beziehungen aufbauen“, betont Birgit van Aken.

Zu ihrer persönlichen Geschichte gehört auch, dass sie nur als Unternehmerin in der Lage war, ihre beruflichen Ambitionen und ihre Familie in Einklang zu bringen. „Meine drei mittlerweile erwachsenen Kinder bestätigen mir, dass wir alles richtig gemacht haben, weil Vater und Mutter gleichermaßen für sie da waren. Dies ging nur mit aufeinander abgestimmten Kalendern, viel Disziplin und Zeitmanagement sowie der Unterstützung durch Dritte bei allem, was nicht Kinder oder Kunden hieß.“

Als Gesellschafterin der Plansecur hat van Aken über die Jahre vielfältige Aufgaben im Unternehmen übernommen, von der langjährigen Teamleitung über das Mandat im Stiftungsvorstand bis zur Mitwirkung in verschiedenen Arbeitskreisen und Ausschüssen, um dem ständigen Wandel und den Herausforderungen des Finanzmarktes zeitnah begegnen zu können. „Besonders prägend waren für mich die vielen Menschen, denen ich in diesen 30 Jahren begegnen durfte. Kundinnen und Kunden, Kolleginnen und Kollegen, Unternehmerinnen und Unternehmer und viele Menschen, die ich durch mein ehrenamtliches Engagement kennengelernt habe.“

Selbstständigkeit bedeutet für sie auch, Verantwortung über das eigene Unternehmen hinaus zu übernehmen. Sechs Jahre lang hat sie als Vorsitzende des Verbands

deutscher Unternehmerinnen (VdU) Verantwortung im Landesverband Bremen Weser Ems übernommen und sich für die Interessen und Sichtbarkeit von Unternehmerinnen gesetzt. Heute engagiert sie sich in der Vollversammlung der IHK Elbe-Weser und als Leiterin des IHK-Regionalausschusses für den Landkreis Os-

terholz. „Gerade diese Arbeit empfinde ich als besonders wertvoll: Unternehmertum lebt vom Austausch, von unterschiedlichen Perspektiven und davon, gemeinsam etwas für die Region und die regionale Wirtschaft zu bewirken.“ Bis sie in den Ruhestand geht, möchte sie ihre Erfahrungen weiterzugeben, junge Menschen für

die Selbstständigkeit begeistern und den Generationswechsel aktiv mitgestalten.

„30 Jahre – eine lange Zeit, für die ich dankbar bin. Selbstständigkeit bedeutet für mich vor allem: neugierig bleiben, Verantwortung übernehmen und optimistisch und mutig die Zukunft gestalten!“ ist Birgit van Aken überzeugt. ■

Interesse an einer Gründung steigt

DIHK-Report Unternehmensgründung 2026:
Selbstständigkeit aber häufig mangels Erwerbsalternativen,
wenig Aufbruchstimmung

Wachsendes Interesse an einer beruflichen Selbstständigkeit haben zuletzt die Industrie- und Handelskammern (IHKs) registriert: Sie führten 2025 bundesweit 13 Prozent mehr Einstiegsgespräche als im Vorjahr; die Zahl der IHK-Gründungsberatungen legte um 15 Prozent zu. Wie der aktuelle DIHK-Report Unternehmensgründung zeigt, spielt dabei jedoch immer häufiger die Sorge um die eigene berufliche Zukunft eine Rolle: 36 Prozent der angehenden Jungunternehmer wollen vor allem mangels Erwerbsalternativen gründen – ein Höchststand seit elf Jahren. „Unser Report zeigt zwar ein steigendes Gründungsinteresse, aber keinen breiten unternehmer-

rischen Aufbruch“, beschreibt DIHK-Präsident Peter Adrian die Entwicklung. Es handle sich eher um Ausweichstrategien als um den festen Wunsch, neue Marktchancen zu erschließen.

Frauen gründen fast genauso oft wie Männer

Dazu passt, dass viele IHKs in den vorgelegten Geschäftskonzepten mehr qualitative Defizite beobachten. Bei 49 Prozent stellen sie Mängel in der Anwendung des „kaufmännischen Handwerkszeugs“ fest, bei 44 Prozent in den Überlegungen zur Finanzierung der Geschäftsidee. Ein Lichtblick ist das steigende Gründungsinteresse von

Frauen. Mittlerweile kommen mit 44 Prozent fast ebenso viele Frauen wie Männer zur Gründungsberatung in die IHKs. Vor 20 Jahren hatte der Anteil noch bei rund einem Drittel gelegen.

Für die Untersuchung wurden auch Gründende, Start-ups und junge Unternehmen bundesweit direkt befragt. Sie stellen dem Gründungsstandort Deutschland kein gutes Zeugnis aus. Als größte Hemmnisse nennen sie Bürokratie, Steuern und Finanzierung und sagen auch sehr klar, was getan werden muss, damit der Schritt in die Selbstständigkeit wieder attraktiver wird. Peter Adrian fordert hier einen echten Paradigmenwechsel, denn: „Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland hängt wesentlich davon ab, ob wir Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes etwas unternehmen wollen, beste Bedingungen bieten.“ ■

Anzeige



WIR SPIELEN FÜR SIE EINE **TRAGENDE ROLLE** BIS INS DETAIL.

www.stahlhallen-janneck.de

Zum Gewerbegebiet 23 49696 Molbergen 04475 92930-0





Notstrom aus Achim: Gut gerüstet für den Blackout

Die Firma Zeppelin Power System sorgt dafür, dass es bei Unternehmen im Ernstfall nicht zappenduster wird.



Carsten Schmädke (l.), Vertriebsleiter Electric Power Diesel bei Zeppelin, hat die Erfahrung gemacht, dass viele Betriebe erst nach einem Krisenfall reagieren.

Energie ist die Lebensader der modernen Wirtschaft. Wenn sie zuverlässig fließt, funktionieren Produktionsanlagen, Rechenzentren, Logistik, Informationstechnologie und Kommunikation. Fällt der Strom aus, kann das dramatische Folgen haben.

„Der Strombedarf in Handel und Industrie, aber auch in privaten Haushalten, steigt enorm“, sagt Christian Knopp von der IHK Elbe-Weser, der Unternehmen in Sicherheitsfragen berät. „Damit rückt die Frage, wie Betriebe ihre Stromversorgung gegen Ausfälle absichern, zunehmend in den Fokus.“ Ein wichtiger Teil nachhaltiger Sicherheitskonzepte sind Notstromaggregate, die dafür sorgen, dass kritische Prozesse bei einem Stromausfall weiterlaufen. Sie springen automatisiert oder manuell gesteuert ein und erzeugen Strom. Die Zeppelin Power Systems GmbH mit Hauptsitz in Hamburg ist einer der weltweit größten Vertriebs-

und Servicepartner für Caterpillar Motoren. Das Unternehmen entwickelt und liefert Antriebs- und Energiesysteme – auch für die Notstromversorgung. Die Anlagen werden von Zeppelin Power Systems geplant, gebaut und für den Ernstfall am größten Unternehmensstandort in Achim getestet.

Kritische Infrastrukturen schützen

Seit den 1950er-Jahren werden Notstromaggregate eingesetzt. Sie sind vor allem da im Einsatz, wo ein Stromausfall Menschen gefährden könnte: in Krankenhäusern, an Flughäfen und in anderen öffentlichen Einrichtungen. Sie sind auch gefragt, wenn es darum geht, Prozesse aufrechtzuerhalten – in der chemischen Industrie, in Kläranlagen oder Wasserwerken – oder wenn die Unterbrechung der Stromversorgung große wirtschaftliche Schäden verursachen könnte. Zuletzt ist ein weiterer Bereich immer wich-

tiger geworden: Rechenzentren, bei denen Software-Infrastruktur aufrechterhalten und Datenverlust verhindert werden soll.

In Deutschland gibt es keine allgemeine Vorschrift, nach der Unternehmen ein Notstromaggregat vorhalten müssen. Betreiber von kritischer Infrastruktur (KRITIS) unter anderem aus den Bereichen Energie, Gesundheit, Wasser, Ernährung, Verkehr, IT und Telekommunikation sind dazu verpflichtet, eine Notstromversorgung sicherzustellen. Darüber hinaus gelten branchenspezifische Sicherheitsstandards.

„Wir sind in Deutschland in der glücklichen Lage, dass Strom eigentlich immer da ist“, sagt Christian Köll, Director Operations und Standortleiter bei Zeppelin Power Systems in Achim. Laut Bundesnetzagentur lag die durchschnittliche Ausfallzeit je Verbraucher im Jahr 2024 bei knapp zwölf Minuten. Sabotage stellt das größere Risiko für einen Krisenfall dar.

Christian Knopp erinnert an den Berliner Blackout Anfang des Jahres. „Die Minusgrade haben die Situation verschärft, glücklicherweise war der Ausfall lokal begrenzt.“ Die Katastrophenhilfe griff, andere Bundesländer lieferten Notstromaggregate. „Die Frage ist, ob sich Unternehmen auf die Politik verlassen oder ob sie selbst Vorkehrungen treffen, um ihre Stromversorgung sicherzustellen.“

Viele handeln erst nach einem Krisenfall

Notstromaggregate erhalten kritische Funktionen aufrecht und erlauben es, Anlagen kontrolliert herunterzufahren. Sie sind ein wichtiger Faktor für die betriebliche Resilienz, „sorgen aber nicht immer dafür, dass der gesamte Betrieb unvermindert weiterläuft“, erklärt Carsten Schmädke, Vertriebsleiter Electric Power Diesel bei Zeppelin Power Systems. Für viele Unternehmen ist die Investition in eine Notstromversorgung das Resultat einer Kosten-Nutzen-Analyse. Logisch: Je stärker ein Unternehmen von Elektrizität abhängig ist und je höher die Kosten eines Stromausfalls sein können, desto wichtiger wird die Notstromversorgung. Häufig würde erst infolge eines Stromausfalls über ein Notstromaggregat nachgedacht. „Vor über zwanzig Jahren gab es mal starken Eisregen im Münsterland, bei dem mehr als 80 Strommasten umgeknickt sind, danach stieg die Nachfrage kurzzeitig“, sagt Schmädke.

Die Lösungen aus Achim reichen von Anlagen mit einer Leistung von 20 Kilowatt (kW) bis hin zu zig Tonnen schweren Containerlösungen, die große Leistungsbereiche abdecken und mehrere Millionen Euro kosten können. Typische Anlagengrößen in Rechenzentren haben eine Leistung von etwa 2.800 bis 3.200 kW, für die häufig eine zweistellige Anzahl von Aggregaten verbaut sind. Die Stromaggregate testet das Unternehmen vor der Auslieferung auf dem Prüfstand in Achim. Oft wünschen Kunden eine begleitete Abnahme der projektierten Anlagenteile mit Testreihen und Protokollen, um maximale Sicherheit für ihre Anlage zu haben.

Das Team um Carsten Schmädke verkauft aber ohnehin nicht einfach nur Aggregate. Zeppelin Power Systems begleitet Unternehmen bei der Planung und Umsetzung der Notstromversorgung – von der Beratung über das Engineering, den Aufbau und die Inbetriebnahme bis hin zum Wartungsservice mit Rufbereitschaft. „Unser Fokus liegt klar da, wo wir unsere volle Leistungsfähigkeit einbringen können“, sagt Christian Köll. Die Experten planen und garantieren die komplette kritische Energieversorgung. ■

Leonie Ratje



„ Die Frage ist, ob sich Unternehmen auf die Politik verlassen oder ob sie selbst Vorkehrungen treffen, um ihre Stromversorgung sicherzustellen.

Für den Ernstfall gut aufgestellt

Christian Knopp sprach mit dem Landrat des Landkreises Rotenburg, Marco Prietz, über aktuelle und künftige Herausforderungen im Katastrophen- und Zivilschutz.

Wenn Sie heute auf den Landkreis blicken:

Welche Risiken bereiten Ihnen aktuell die größten Sorgen – klassische Naturgefahren wie Hochwasser, Starkregen, Dürre und Waldbrände oder eher neue Bedrohungen wie Cyberangriffe, Sabotage oder länger andauernde Stromausfälle? Hat sich Ihre Prioritätenliste in den vergangenen Jahren verändert?

Die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes hat extrem zugenommen – und zwar aus zwei Gründen: Zum einen werden im klassischen Katastrophenschutz aufgrund der Klimaveränderungen und zunehmender Extremwetterereignisse bestimmte Szenarien immer wahrscheinlicher. Wir sehen, dass es immer mehr heftige Niederschläge und Hochwasserlagen gibt. Die Häufigkeit solcher Ereignisse hat in Deutschland zugenommen.

Zum anderen entdecken wir den Bereich des Zivilschutzes gewissermaßen neu. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir dieses Thema weitgehend aus den Augen verloren. Der Wendepunkt war für uns der Beginn des Ukraine-Krieges 2022 und ganz konkret zunächst der daraus resultierende Gasmangel.

Der wesentliche Unterschied ist: Bei einem Hochwasser haben wir es mit einem „passiven Gegner“ zu tun. Bei einem militäri-

schen Konflikt oder hybriden Bedrohungen haben wir dagegen einen aktiven Gegner, der beispielsweise gezielt sabotieren kann. Das wirft ganz andere Fragen auf.

Krisenvorsorge kostet Geld und Personal, obwohl man hofft, sie nie zu brauchen. Inwieweit ist der Landkreis darauf vorbereitet?

Wir haben unsere Personalressourcen in diesem Bereich deutlich erhöht. Mittlerweile haben wir drei Vollzeitstellen, die sich ausschließlich mit Bevölkerungsschutz beschäftigen. In den vergangenen Jahren haben wir viel Geld in Technik, Fahrzeuge und entsprechende Infrastruktur investiert. Vor allem aber haben wir unseren Schulungs- und Übungsaufwand massiv erhöht. Mehr als 100 Mitarbeiter des Landkreises wirken neben ihrer täglichen Arbeit im Katastrophenschutzstab mit. Damit können wir im Ernstfall einen Dreischichtbetrieb rund um die Uhr gewährleisten.

Wir führen regelmäßig Fortbildungen und Übungen durch und haben eine technische Einsatzleitung aufgebaut, in der insbesondere Ehrenamtliche aus Feuerwehr und Hilfsorganisationen tätig sind. Wir investieren also viel Zeit und Personal in Vorsorge, in die Ausarbeitung von Plänen und vor allem darin, diese Pläne und verschiedene Szenarien tatsächlich zu üben. Gleichzeitig bin ich kein Freund davon, jedes neue Problem sofort zu einer weiteren staatlichen Aufgabe zu erklären. Wir müssen genauso die Menschen dazu bringen, wieder mehr Eigenvorsorge zu treffen.

Die Bürger erwarten im Ernstfall schnelle Hilfe – unabhängig davon, ob eigentlich Bund, Land oder Landkreis zuständig sind. Wo sehen Sie die Verantwortung des Landkreises, und an welchen Stellen wünschen Sie sich eventuell mehr Unterstützung oder klarere Zuständigkeiten von Bund und Land?

Die erste Hilfe wird zunächst von den Stellen geleistet, die die Menschen auch aus dem Alltag kennen: Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst. Wenn wir feststellen, dass eine Lage mehrere Gemeinden betrifft oder länger andauert, kommen wir als Landkreis in eine koordinierende Rolle. Dann können wir besondere Katastrophenschutzeinheiten einsetzen, überörtliche Hilfe auf Landes- oder Bundesebene anfordern, das THW einbeziehen oder auch die Bundeswehr um Unterstützung bitten. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir auf solche Szenarien heute gut vorbereitet sind. Von Bund und Land wünschen wir uns unter anderem Unterstützung durch Strategien und Musterkonzepte. Es muss nicht jeder Landkreis beispielsweise für einen Waldbrand ein komplett eigenes Planspiel entwickeln. Auch finanzielle Unterstützung für Investitionen bleibt wichtig.

Eine Schwierigkeit sehe ich in der teilweise sehr strikten rechtlichen Trennung zwischen Katastrophenschutz und Zivil-



Foto: Tobias Koch

schutz. In der Realität sind die Übergänge fließend. Wenn ich Menschen evakuieren muss, brauchen sie am Ende ein Dach über dem Kopf, Wasser und Medikamente – unabhängig davon, ob der Auslöser ein Hochwasser oder eine militärische Bedrohung ist. Hier würde ich mir wünschen, dass Bund und Länder die Übergänge flexibler gestalten.

Krisen machen nicht an Landkreisgrenzen halt und betreffen auch gern verschiedene Bereiche, z. B. Überschwemmungen und Stromausfall. Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit mit den benachbarten Landkreisen und kreisfreien Städten, aber auch mit privaten Unternehmen, wenn größere oder länger andauernde Ereignisse eintreten?

Die Landkreise arbeiten eng zusammen. Bei größeren Ereignissen gibt es außerdem auf Landesebene Strukturen, über die Fähigkeiten zusammengeführt und koordiniert werden können. Dort besteht auch ein Überblick darüber, welche Fähigkeiten wo vorhanden sind und von wo Unterstützung angefordert werden kann.

Beim Thema Gesamtverteidigung sehe ich allerdings noch Aufholbedarf im Zusammenspiel zwischen Land Niedersachsen, Bundeswehr und Landkreisen. Hamburg hat mit seinen Übungen aus meiner Sicht gezeigt, wie so etwas funktionieren kann. Eine vergleichbare Übung wäre für Niedersachsen beziehungsweise für den gesamten norddeutschen Raum sinnvoll. Dabei muss das Land eine Führungsrolle übernehmen.

Für die Wirtschaft wäre dabei insbesondere wichtig, welche Auswirkungen ein solches Szenario auf Verkehrsinfrastruktur und Logistikketten hat. Wo werden möglicherweise Autobahnen gesperrt? Wie lange? Welche Alternativen gibt es, um Waren aus den Häfen oder Versorgungsgüter in die Region zu bekommen?

Das sind Informationen, die Unternehmen für ihre eigene Vorsorge benötigen. Gleichzeitig können wir als Landkreis solche Informationen nicht ohne Weiteres weitergeben, weil uns beispielsweise der Operationsplan Deutschland selbst nur in relevanten Auszügen vorliegt und diese Informationen teilweise sicherheitsrelevant sind.

Hybride Angriffe finden oft nicht mit Waffen statt, sondern über IT-Systeme oder gezielte Desinformation. Wie real schätzen Sie diese Gefahr für einen Landkreis ein, und welche konkreten Maßnahmen wurden bereits getroffen, um Verwaltung und kommunale Einrichtungen widerstandsfähiger zu machen?

Diese Gefahr ist sehr real. Wir wissen, dass Kommunen in Deutschland täglich Ziel von Hackerangriffen werden. Manchmal geht es dabei um Geld, manchmal möglicherweise auch darum, Systeme auszutesten.

Der Landkreis hat deshalb bereits vor einigen Jahren einen qualifizierten Informationssicherheitsbeauftragten eingestellt,

»

ÜBER 3.000

**ERFOLGREICHE PROJEKTE IM
INDUSTRIE- UND GEWERBEBAU**



DAS INDIVIDUELLE BAU-SYSTEM

- > Entwurf und Planung
- > Eigenes Fertigteilwerk
- > Festpreis
- > Fixtermin
- > 70 Jahre Erfahrung
- > Alles aus einer Hand



Weitere Informationen

und **Projekte** unter:
www.bartram-bau.de

Tel. 04871 778-0
info@bartram-bau.de

BARTRAM
BAU-SYSTEM



» der sich um technische Schutzvorkehrungen bei Hard- und Software kümmert, aber insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schult. Wir haben rund 1.200 Beschäftigte. Das größte Risiko besteht letztlich darin, dass einige wenige auf einen falschen Link in einer Phishing-Mail klicken und jemand dadurch Zugang zu unseren Systemen erhält. Deshalb nehmen wir dieses Thema sehr ernst.

Gleichzeitig müssen wir bei aller Digitalisierung dafür sorgen, dass wir in einer Krise weiterhin arbeitsfähig bleiben. Im Zweifel sind wir auch weiterhin fähig, eine Lage mit Papier und Stift zu bearbeiten. Insgesamt haben sich unsere IT-Ausgaben in den vergangenen zehn bis 15 Jahren vervielfacht. Informationssicherheit ist ein zusätzlicher Aufwand, der sich mittlerweile durch das gesamte Haus zieht.

Katastrophenschutz lebt von Feuerwehr, Hilfsorganisationen und vielen Ehrenamtlichen. Machen Ihnen Nachwuchsmangel und Fachkräftemangel Sorgen? Und wie kann ein Landkreis die Menschen unterstützen, die im Ernstfall die Hauptlast tragen?

Wir haben im Landkreis mehr als ausreichend Feuerwehrleute. Hinzu kommen weitere Einsatzkräfte beispielsweise beim Deutschen Roten Kreuz. Das ist eine große Stärke unserer Region. Gemeinsam mit diesen Kräften können wir auch umfangreiche Übungen durchführen.

Bei der Verwaltung war die Ausgangssituation eine andere. Der Bevölkerungsschutz ist nach dem Ende des Kalten Krieges über viele Jahre auf allen staatlichen Ebenen vernachlässigt worden.

Dadurch ist auch viel Erfahrungswissen verloren gegangen.

Als wir unseren Katastrophenschutzstab neu aufgestellt und wieder intensiver mit Übungen begonnen haben, mussten wir an der Basis anfangen und die

Strukturen einüben. Viele Mitarbeiter waren neu in ihren Aufgaben oder hatten seit Jahren keine entsprechende Fortbildung oder Übung absolviert. Mittlerweile üben wir jedes Jahr mehrere Tage gemeinsam mit der technischen Einsatzleitung. Mit jeder Übung werden wir besser und die Fehler weniger.

Eine Krise ist nur so gut zu bewältigen wie die Kommunikation. Glauben Sie, dass die Bevölkerung ausreichend weiß, wie sie sich bei längeren Stromausfällen, Trinkwasserproblemen oder Evakuierungen verhalten sollte?

Unsere Bevölkerung ist auf solche Situationen heute schlechter vorbereitet als vor 50 Jahren – aber besser als noch vor zwei oder drei Jahren. Unsere Vorsorgebroschüre hat beispielsweise zu sehr vielen Diskussionen, Gesprächen und Veranstaltungen geführt. Das Thema wurde von Landfrauen genauso aufgegriffen wie auf Bürgerforen oder in Ortsratssitzungen.

Wenn jeder Haushalt diese Broschüre aufmerksam liest, die Checkliste durchgeht und nur einen Teil der Empfehlungen umsetzt, sind wir bereits deutlich besser aufgestellt als vorher. Trotzdem sind wir noch nicht an dem Punkt, an dem wir sein müssten. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit bleibt deshalb eine unserer größten Aufgaben.

Wir haben die Broschüre ganz bewusst per Post an sämtliche Haushalte im Landkreis verschickt. Soweit ich weiß, waren wir der erste Landkreis in Niedersachsen, der das in dieser Form gemacht hat. Andere Landkreise haben sich später bei uns erkundigt und teilweise Inhalte übernommen. Als Ergänzung dazu gibt es noch Ausgaben in Plattdeutsch und in leichter Sprache, die noch mehr Menschen ansprechen sollen.

Eigenvorsorge muss dabei gar nicht kompliziert sein. Bei uns zu Hause hat die Beschäftigung mit dem Thema beispielsweise dazu geführt, dass wir immer eine Kiste Trinkwasser vorrätig haben. Wir haben Kerzen nachgekauft und ein Kurbelradio angeschafft. Wenn jeder ein paar solcher Kleinigkeiten umsetzt, ist schon viel gewonnen.

Und gerade in einem ländlichen Landkreis gehört für mich noch etwas anderes dazu: Nachbarschaftshilfe. Wenn wir aufeinander achten und niemand allein gelassen wird, haben wir schon viel erreicht.

Krisenpläne sind das eine – ihre praktische Erprobung das andere. Wie regelmäßig werden Krisenszenarien im Landkreis gemeinsam mit Kommunen, Einsatzkräften und weiteren Akteuren geübt? Reicht das aus?

Wir üben regional sehr viel. Mit unseren Kreisfeuerwehrbereitschaften finden regelmäßig Übungen statt. Im vergangenen Jahr haben wir beispielsweise in Karlshöfen mit hundert Einsatzkräften einen Flugzeugabsturz simuliert. Das Szenario war eine Großveranstaltung mit tausenden Besuchern, bei der ein Flugzeug in die Menschenmenge stürzt und explodiert.

Bei solchen Übungen geht es ausdrücklich darum, Fehler zu finden. Gerade in der Verwaltung haben wir gemerkt, wie wichtig regelmäßiges Training ist. Was uns noch fehlt, ist eine größere überregionale Übung im Zusammenspiel von Bundeswehr, Land, Landkreisen und weiteren Akteuren. Eine solche Übung ist im Herbst geplant, an der sich länder- und ressortübergreifend mehr als 180 Organisationen beteiligen werden.

Wenn Sie heute einen einzigen Wunsch an die Landes- oder Bundespolitik frei hätten, der die Sicherheit und Krisenfestigkeit Ihres Landkreises sofort verbessern würde – welcher wäre das?

Wir würden uns eine klare Gesamtstrategie von Bund und Ländern wünschen, die von Berlin über Hannover bis nach Rotenburg konsistent und konsequent durchgetragen wird. Das betrifft sowohl die eigentliche Einsatzstrategie – damit alle Beteiligten genau wissen, was sie im Bevölkerungsschutz zu tun haben – als auch die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung. Gerade Letzteres vermissen wir noch. ■

Informationen zum
Bevölkerungsschutz und
zur Krisenvorsorge des
Landkreises Rotenburg:





KI-modifiziertes Bild

Wir wachsen gemeinsam.

Ihre unternehmerischen Ziele und Wünsche stehen bei uns im Mittelpunkt. **Mehr auf [BremischeVB.de](https://www.bremischevb.de)**

Wir machen den Weg frei.

Bremische Volksbank
Weser - Wümme





Fotos (2): Initiative Buxtehude im Wandel



Aktion: „Sauberhaftes Buxtehude“

Mehr als schöne Fassaden: Was sichere Zentren brauchen

IHK Niedersachsen und DEHOGA veröffentlichen
gemeinsames Impulspapier

Wer kennt es nicht? Der erste Eindruck entscheidet oft in wenigen Sekunden. Er entsteht auf dem Marktplatz, in der Fußgängerzone oder bereits bei der Ankunft am Bahnhof. Wirkt ein Ort gepflegt, belebt und einladend, fühlen sich Menschen willkommen. Wirkt er dunkel, ungeordnet oder vernachlässigt, entsteht schnell ein anderes Bild.

Genau deshalb sind Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in Innenstädten – kurz „Zentren-SOS“ – heute weit mehr als klassische Aufgaben von Polizei oder Ordnungsamt. Sie sind eine Gemeinschaftsaufgabe und zugleich ein entscheidender Standortfaktor. Sie beeinflussen, ob Menschen gerne einkaufen und verweilen, Unternehmen investieren und Fachkräfte sich für einen Wohn- und Arbeitsort entscheiden.

Mit dem Impulspapier „Zentren-SOS – Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit als Standortfaktor für lebendige Innenstädte in Niedersachsen“ machen die IHK Elbe-Weser, ihr Dachverband IHKN und der DEHOGA Niedersachsen deshalb deutlich: Sichere und attraktive Zentren entstehen dort, wo Politik, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Gerade im eher ländlich geprägten Elbe-Weser-Raum haben Innenstädte und Ortskerne eine besondere Bedeutung. Sie sind Treffpunkte für Menschen aller Generationen, Heimat vieler inhabergeführter Geschäfte und wichtige Identifikationsorte. Gleichzeitig stehen sie unter Druck – durch den demografischen Wandel, den Onlinehandel, verändertes Mobilitätsverhalten und steigende Anforderungen an Sicherheit und Aufenthaltsqualität. Umso wichtiger sind langfristige Strategien statt einzelner Maßnahmen. Ein „Zentren-SOS“ sollte deshalb fester Bestandteil kommunaler Zentrenentwicklung sein. Denn Investitionen in sichere und attraktive Ortskerne stärken Besucherfrequenz, Aufenthaltsdauer und das Standortimage.

Maßnahmen müssen ineinandergreifen

Sichtbare Präsenz von Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten und die konsequente Durchsetzung bestehender Regeln gehören ebenso dazu wie Prävention, digitale Werkzeuge und ein enger Austausch zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Citymanagement und sozialen Trägern. Entscheidend ist das Zusammenspiel dieser Maßnahmen.



„ Ein „Zentren-SOS“ sollte fester Bestandteil kommunaler Zentrenentwicklung sein. Investitionen in sichere und attraktive Ortskerne stärken Besucherfrequenz, Aufenthaltsdauer und das Standortimage.

SOS-Impulspapier



„Sauberhaftes Buxtehude“



„Wir.Zusammen.Stade“



Dabei kommt vor allem der Gestaltung des öffentlichen Raums eine besondere Rolle zu. Denn wo Menschen einkaufen, einen Kaffee trinken, Veranstaltungen besuchen oder sich begegnen, entsteht automatisch soziale Kontrolle. Gastronomie, Kultur, Freizeitangebote und Stadtfeste sind deshalb keine Nebensache, sondern wichtige Bausteine lebendiger und sicherer Zentren. Gute Beleuchtung, gepflegte Plätze und übersichtliche Wegebeziehungen helfen zusätzlich, Angsträume zu vermeiden und das Sicherheitsgefühl zu stärken.

Das gilt insbesondere für Bahnhöfe und ihr Umfeld. Hier zeigt der Bürgerbahnhof Cuxhaven besonders beispielhaft, was möglich ist: Aus einem zuvor vor allem funktionalen Verkehrsort wurde durch städtebauliche Qualität und gemeinsames Engagement ein attraktiver und damit auch ein „sicher gefühlter“ Ankunftsort.

Öffentlichen Raum als Gemeinschaftsaufgabe verstehen

Wichtig ist, auch den öffentlichen Raum als Gemeinschaftsaufgabe zu verstehen und nicht nur „in Zuständigkeit“ der Kommune. Vielmehr sollten sich auch Immobilieneigentümer, Gewerbetreibende, Werbegemeinschaften, Vereine sowie Bürger für das Erscheinungsbild ihrer Zentren „zuständig“ fühlen. Wie gut eine solche gemeinsame Haltung sein kann, zeigt zum Beispiel die Standortgemeinschaft Stade aktuell e.V. mit ihrer Positivkampagne „Wir.Zusammen.Stade.“ Gemeinsam mit zahlreichen Partnern setzt sie dabei ein Zeichen für die Innenstadt. Gerade angesichts jüngster negativer Schlagzeilen wird deutlich: Probleme müssen offen benannt und konsequent angegangen werden –

sie dürfen aber nicht das gesamte Bild einer Stadt bestimmen.

„Sauberhaftes Buxtehude“ stärkt Verantwortungsgefühl

Zu einem attraktiven Zentrum gehört schließlich auch Sauberkeit. Für Unternehmen ist ein gepflegtes Umfeld längst ein Wettbewerbsfaktor. Fachkräfte, Kunden sowie Gäste bewerten nicht nur einzelne Angebote, sondern den gesamten Standort. Sauberkeit vermittelt Wertschätzung, stärkt das Sicherheitsgefühl und erhöht die Aufenthaltsqualität.

Wie daraus gelebte Gemeinschaft werden kann, zeigt die Hansestadt Buxtehude mit ihrer Aktion „Sauberhaftes Buxtehude“. Bei regelmäßigen „Clean Ups“ kommen Bürger, Vereine, Schulen, Unternehmen und Verwaltung zusammen. Das sorgt nicht nur für ein saubereres Stadtbild, sondern stärkt auch das Verantwortungsgefühl für die eigene Stadt. Innenstädte und Ortskerne sind letztlich die „Wohnzimmer“ der Städte und Gemeinden, Orte des Handels, der Begegnung und des gesellschaftlichen Lebens. Ob sie auch künftig wirtschaftlich erfolgreich und lebenswert bleiben, hängt deshalb wesentlich davon ab, wie attraktiv, sicher und gepflegt sie sind.

Gerade der Elbe-Weser-Raum bietet dafür gute Voraussetzungen. Denn die kleinen und mittleren Städte verfügen häufig über kurze Entscheidungswege, enge Netzwerke und eine ausgeprägte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Ehrenamt. Diese Nähe ermöglicht es, Herausforderungen gemeinsam anzugehen und tragfähige Lösungen zu entwickeln – und das häufig besser als in der Großstadt. ■

Kathrin Wiellowicz IHK Elbe-Weser

04141 524-142

kathrin.wiellowicz@elbeweser.ihk.de



**Dieser Bereich wird
videoüberwacht!**

Foto: (2): @gettyimages/unhazan

Handlungsempfehlungen für saubere, ordentliche und sichere Zentren

1. Politische Strategie erforderlich

Ein „Zentren-SOS“ sollte als strategischer Schwerpunkt der Kommunal- und Standortentwicklung etabliert werden. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit dürfen nicht nur kurzfristig oder anlassbezogen betrachtet werden, sondern brauchen einen langfristigen, integrierten Ansatz.

2. Stärkung von Präsenz und konsequenter Rechtsdurchsetzung

Sichtbare Präsenz von Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten schafft Vertrauen und wirkt präventiv. Gleichzeitig müssen bestehende Regeln konsequent durchgesetzt werden, damit der öffentliche Raum als sicher und verlässlich wahrgenommen wird.

3. Gezielter Einsatz ordnungspolitischer Instrumente

Ordnungspolitische Maßnahmen müssen gezielt, verhältnismäßig und situationsbezogen eingesetzt werden. Entscheidend ist eine Balance zwischen dem Schutz öffentlicher Räume und der Attraktivität der Innenstadt als Erlebnis- und Aufenthaltsort.

4. Einsatz digitaler Lösungen

Digitale Instrumente können Kommunen dabei unterstützen, Probleme schneller zu erkennen und Ressourcen effizienter einzusetzen. Meldesysteme, Datenanalysen und moderne Technologien ergänzen die persönliche Präsenz vor Ort.

5. Städtebauliche Gestaltung, Nutzungssteuerung und Auflösung von Angsträumen

Die Gestaltung öffentlicher Räume beeinflusst das Sicherheitsgefühl maßgeblich. Gute Beleuchtung, klare Sichtachsen, gepflegte Plätze, vielfältige Nutzungen sowie lebendige Gastronomie-, Kultur- und Veranstaltungsangebote stärken Aufenthaltsqualität und soziale Kontrolle.

6. Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung und aktive Einbindung der Jugend

Lebendige Zentren brauchen Menschen, die Verantwortung übernehmen. Öffentlichkeitsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und die Beteiligung junger Menschen fördern Identifikation und ein gemeinsames Bewusstsein für den öffentlichen Raum.

7. Kooperation und Integration von Ordnungs- und Sozialpolitik

Sicherheit entsteht durch Zusammenarbeit. Kommunen, Polizei, Ordnungsdienste, Wirtschaft, City-Management und soziale Träger müssen dauerhaft kooperieren und ordnungspolitische Maßnahmen mit Prävention und Unterstützung verbinden.

8. Präventionsangebote für Gewerbetreibende

Unternehmen stehen im Alltag vor Herausforderungen wie Diebstahl, Belästigungen oder Konflikten. Ansprechpartner, Schulungen und niedrigschwellige Präventionsangebote stärken die Handlungssicherheit und unterstützen Betriebe.

9. Stärkere Einbindung von Immobilieneigentümern, privaten Akteuren und Quartiersgemeinschaften (BIDs)

Attraktive Zentren entstehen nicht allein durch öffentliche Maßnahmen. Eigentümer, Gewerbetreibende und private Akteure prägen durch Investitionen, Pflege und Engagement wesentlich das Erscheinungsbild und die Zukunftsfähigkeit ihrer Quartiere.

10. Zentren-SOS als Standortversprechen

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind mehr als reine Kostenfaktoren – sie sind ein Standortversprechen. Investitionen in diese Bereiche stärken Frequenz, Aufenthaltsdauer, Umsätze, Investitionsbereitschaft und das Image einer Region.

„Es sind alle betroffen“

Kirsten Kronberg sprach mit Christian Peine-Paulsen, Experte für Wirtschaftsschutz beim niedersächsischen Verfassungsschutz, über konkrete Risiken für Unternehmen und ebenso konkrete Möglichkeiten, sich zu schützen.

Welche Bedrohungen für Unternehmen beobachten Sie derzeit besonders häufig – und welche Entwicklungen bereiten Ihnen mit Blick auf die nächsten Jahre die größten Sorgen?

In Summe sind das ganz viele: Zunächst ganz klassisch die Lösegelderpressung mit Ransomware. Relativ neu ist, dass die Angreifer vor der Sperrung noch Daten exfiltrieren und unter Umständen weiterverkaufen. Die Kontaktdaten der zuständigen Zentralen Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) beim Landeskriminalamt Niedersachsen sollte man in seiner Kontaktliste haben. Eine weitere Bedrohung ist die Unterbrechung von Logistik- und Transportketten, aber auch Zeitverzug ist Sabotage.

Nach wie vor unterschätzt wird das Social Engineering, also die psychologische Manipulation von Mitarbeitenden durch Betrüger. Die sozialen Medien erleichtern diese Methode, weil die Menschen dort viel von sich preisgeben. Die Täter suchen sich Personen gezielt aus.

All das fällt unter die so genannten hybriden Bedrohungen. In Kombination erzeugen diese Attacken Angst in der Bevölkerung, erheblich verstärkt durch die digitalen Medien. Genau das ist das Ziel der Angreifer: Sie wollen die Gesellschaft spalten.

Viele Unternehmen verbinden Wirtschaftsschutz vor allem mit IT-Sicherheit. Welche weiteren Risiken sollten Geschäftsführungen und Führungskräfte im Blick haben, etwa im Bereich Spionage, Sabotage oder Insider-Gefahren?

Zunächst sollte man unterscheiden zwischen IT-Sicherheit, das ist ein technisches Phänomen, und Informationssicherheit. Letzteres sichert Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität, welche essenziell für eine Informationsgesellschaft sind. Um die individuellen Risiken eines Unternehmens zu erkennen, empfiehlt es sich, als Ausgangspunkt Business-Prozesse zu definieren und deren Risiken zu bemessen. Ziel ist es, diese Risiken so weit wie möglich zu senken. Und dieses Vorgehen sollte regelmäßig wiederholt werden nach dem Motto: Plan, Do, Check, Act.

Eine Gefahr, die oft weggeschoben wird, ist die der Innentäter. Unternehmen scheuen sich häufig davor, weil diese Sicht ihren Onboarding-Prozess infrage stellt, aber auch schon lange Zeit beschäftigte Mitarbeiter können sich durch äußere Einflüsse zu Innentätern entwickeln oder entwickelt werden. Es gibt diese Problematik, und man sollte sie nicht ignorieren.



Foto: privat

Jörg Peine-Paulsen

Jörg Peine-Paulsen ist Dipl.-Ing. (FH) Nachrichtentechnik und arbeitete rund 30 Jahren in verschiedenen Behörden in diversen EDV-Bereichen. Wesentliche berufliche Aspekte sind hierbei die Leitung einer EDV-Stelle und umfangreiche Softwareengineering-tätigkeiten. In den letzten Jahren hat er seinen beruflichen Fokus als Informationssicherheitsbeauftragter und danach als Berater im Wirtschaftsschutz zu 100 Prozent in den Bereich Security gestellt. Aktuell arbeitet Peine-Paulsen im Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung, Abt. 5, Verfassungsschutzbehörde. Dort ist er im Bereich Wirtschaftsschutz (präventive Spionage- und Sabotageabwehr) mit umfangreicher Vortrags- und Beratungstätigkeit besonders im Bereich KRITIS eingesetzt. Nebenberuflich beschäftigt sich Jörg Peine-Paulsen als externer Hochschul-Dozent mit den Bereichen Social Engineering, Computational Trust, IT-Security-Management, IT-Security-Consulting, ITIL, IT-Governance-Management und -Compliance, IT-Risk und Big Data.

»

Sind bestimmte Branchen oder Unternehmensgrößen besonders gefährdet – oder gilt heute, dass grundsätzlich jedes Unternehmen ein potenzielles Ziel ist?

Es sind alle betroffen. Ich sage immer: `Je innovativ, desto Spionage. Je KRITIS (kritische Infrastrukturen), desto Sabotage.` Ganz besonders gefährdet sind drei Bereiche: Hochtechnologie und Forschung, kritische Infrastruktur und Rüstung & Verteidigung. Aber Achtung: Wenn kleine und mittlere Unternehmen (KMU) jetzt glauben, dass sie nicht betroffen sind, irren sie sich. Denn viele von ihnen sind Zulieferer für große Firmen.

Kurz gesagt: Ich kann die Großen massiv treffen, wenn ich die Kleinen lahmlege. Oft sind diese Firmen ja auch digital verbunden. Die Automobilindustrie zum Beispiel schützt sich deshalb mit der so genannten TISAX-Zertifizierung. Das sind Sicherheitsstandards, die Zulieferer erfüllen müssen, sonst dürfen sie nicht mit den Automobilherstellern zusammenarbeiten. In eine ähnliche Richtung zielt zum Beispiel auch die NIS-II-Richtlinie.

Welche Rolle spielt der Faktor Mensch? Wie können Unternehmen ihre Beschäftigten für Risiken sensibilisieren?

Menschen stellen sowohl eine große Schwachstelle als auch den stärksten Schutzfaktor dar. Diesen Gedanken muss man zulassen. Wichtig ist es, für Risiken zu sensibilisieren, ohne eine Kultur des Misstrauens zu schaffen. Zum Beispiel durch eine Fehlerkultur ohne Schuldzuweisungen: Bedanken Sie sich, wenn Mitarbeitende auf Fehler hinweisen!

Sorgen Sie für positive Verstärkung, indem Sie loben, wenn jemand Sicherheitsmaßnahmen einhält, zum Beispiel den Keil an einer Brandschutztür entfernt, den ein anderer aus Bequemlichkeit dort angebracht hat. Machen Sie Sicherheitsregeln transparent. Schaffen Sie ein anonymes Meldesystem, eine Art „Spionage-Sabotage-Kummerkasten“, denn viele Menschen mögen nicht als Denunzianten dastehen. Auch Gamification kann funktionieren.

Ganz wichtig ist es auch, empathisch und wachsam zu bleiben: Wirkt ein Mitarbeiter sehr niedergeschlagen, sprechen Sie ihn an, vielleicht ist es ein verzweifelter Mensch. Macht jemand plötzlich völlig andere Sachen als gewöhnlich? Wer zum fünften

Mal mit einem USB-Stick oder einer externen Festplatte zu einem anderen Rechner gegangen ist, sollte angesprochen werden.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen verfügen oft nicht über eigene Sicherheitsabteilungen. Welche Empfehlungen geben Sie KMU, um ihre Widerstandsfähigkeit wirksam zu erhöhen?

Ganz klar: Outsourcing. Nur wer beim Thema Sicherheit genauso gut ist wie in seinen unternehmerischen Kernkompetenzen, kann das Thema eigenständig angehen. Und selbst dann fehlen oft personelle und zeitliche Ressourcen. Jedes Unternehmen hat einen Steuerberater. Genauso selbstverständlich sollte es sein, sich Sicherheitskompetenz einzukaufen. Leider ist es bei vielen noch Tradition zu sagen: IT kann ich doch selbst, klappt zu Hause ja auch. Darum gehört es zu meinen wichtigsten Aufgaben, hier Bewusstseinsbildung zu betreiben.

Wer sich erstmal einen Überblick über seine Risiken verschaffen möchte, ist gut beraten, wenn er mit der DIN SPEC 27076 beginnt. Hinter diesem Bezeichnungsungetüm verbirgt sich ein guter Cyber-Risikochek, quasi ein prüfender Gang durch die eigene Risikolandschaft. Auch lohnt es sich, den VdS 10.000 einzuführen, das ist ein praxisnaher, branchenneutraler Standard der VdS Schadensverhütung für ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS). Er wurde speziell entwickelt, um KMU vor Cyber-Gefahren zu schützen, ohne sie organisatorisch oder finanziell zu überfordern. Und last but not least lohnt es sich auch, Kontakt zum Wirtschaftsschutz aufzunehmen.

Wie unterstützt der Verfassungsschutz Unternehmen konkret beim Wirtschaftsschutz? Wann sollten Unternehmen Kontakt aufnehmen – und was können sie von einer Zusammenarbeit erwarten?

Bei uns gilt: Lieber einmal zu viel gefragt als einmal zu wenig. Unternehmen sollten nicht zögern, den Kontakt zu uns zu suchen: Ob offene Fragen, Unklarheiten oder ein ungutes Bauchgefühl. Wir sind für sie da. Wir bieten unter anderem Beratungsgespräche, Fachvorträge, Fachtagungen, Netzwerkveranstaltungen, Präsentationen auf Fachmessen und Publikationen an. Die nächste Wirtschaftsschutztagung findet übrigens am 16. November in Hannover statt. Unsere Arbeit ist auf Prävention und Bewusstseinsbildung ausgerichtet.

Wenn Sie Geschäftsführern nur drei Empfehlungen mit auf den Weg geben dürften: Welche wären das?

Erstens: Sicherheit zur Chefsache UND Kultursache machen. Sicherheit geht alle Mitarbeitenden an!

Zweitens: Das Prinzip der minimalen Rechte anwenden, nicht nur im digitalen Bereich, sondern auch in der physischen Welt, zum Beispiel bei Zutrittsrechten.

Drittens: Den maximalen Ernstfall akzeptieren mit allen möglichen Auswirkungen: Abwehr, Resilienz oder auch Krise. ●

Hier geht es zum
Wirtschaftsschutz des
niedersächsischen
Verfassungsschutzes:





Hier geht es zum
Krisenvorsorgeplan
der IHK Elbe-Weser:



Krisenfest aufgestellt: Neuer IHK-Vorsorgeplan für Unternehmen

Krisen lassen sich nicht verhindern.
Aber Unternehmen können sich darauf vorbereiten.

Stromausfälle, Cyberangriffe, unterbrochene Lieferketten, Naturereignisse oder geopolitische Konflikte: Unternehmen müssen heute mit einer Vielzahl möglicher Krisenszenarien umgehen. Gleichzeitig hat sich die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert. Neben klassischen betrieblichen Risiken rücken damit zunehmend auch Fragen der zivilen Verteidigung in den Fokus der unternehmerischen Vorsorge.

Mit dem neuen „Vorsorgeplan – Krisen, Katastrophen, Konflikte: Wie Sie Ihr Unternehmen in unsicheren Zeiten schützen“ bietet die IHK Elbe-Weser insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen eine praxisorientierte Hilfestellung an. Ziel ist es, Betriebe dabei zu unterstützen, bestehende Krisenplanungen zu überprüfen, neue Risiken zu berücksichtigen und die eigene Handlungsfähigkeit auch in außergewöhnlichen Situationen zu sichern. Dabei geht es nicht darum, für jede denkbare Krise einen eigenen Plan zu entwickeln. Vielmehr zeigt der Vorsorgeplan, wie Unternehmen mithilfe verschiedener Szenarien ihre bestehenden Strukturen einem „Stresstest“ unterziehen können. Im Mittelpunkt steht die Frage: Was benötigt mein Unternehmen, um auch unter schwierigen Bedingungen handlungs- und betriebsfähig zu bleiben?

Hierfür beschreibt die Broschüre elf zentrale Handlungsfelder. Dazu zählen unter anderem die Sicherstellung von Führung und Entscheidungsfähigkeit, die Beobachtung relevanter Entwicklungen, der Schutz des Unternehmensstandortes, stabile Lieferketten und betriebliche Infrastrukturen, eine vorausschauende Personalplanung sowie der Schutz vor Spionage und Sabotage. Auch die interne und externe Krisenkommunikation und mögliche neue Geschäftspotenziale werden betrachtet.

Ein umfangreicher Anhang ergänzt die Handlungsempfehlungen um Informationen zur zivilen Verteidigung und zur Notstandsgesetzgebung. Besonders praxisnah sind die Checklisten für die Geschäftsführung, mit denen Unternehmen ihren eigenen Vorsorgestand systematisch prüfen und konkrete Handlungsbedarfe identifizieren können.

Denn Krisenvorsorge ist keine einmalige Aufgabe. Sie ist ein fortlaufender Prozess – und eine Investition in die Widerstandsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit des eigenen Unternehmens. ■

Christian Knopp IHK Elbe-Weser
04231 9246-233
christian.knopp@elbeweser.ihk.de

Sicherheit für Küste, Umwelt und Wirtschaft

Das Havariekommando in Cuxhaven koordiniert Deutschlands Einsätze bei schweren Seeunfällen.

Mehrzweckschiff NEUWERK bei einer Übung in einem Offshore-Windpark



Foto: Havariekommando

Wenn vor der deutschen Küste ein Schiff in Brand gerät, Öl austritt oder nach einer Kollision Menschen in Seenot geraten, laufen im Ernstfall viele Fäden in Cuxhaven zusammen. Hier hat das Havariekommando seinen Sitz, Deutschlands zentrale Organisation für die Bewältigung schwerer Unfälle auf Nord- und Ostsee.

Seit seiner Gründung im Jahr 2003 hat das Havariekommando nach eigenen Angaben rund 100 komplexe Schadenslagen bewältigt. Immer dann, wenn die Möglichkeiten einzelner Behörden

oder Einsatzkräfte nicht mehr ausreichen, übernimmt die Einrichtung die Gesamteinsatzleitung. Dabei steht der Schutz von Menschenleben und der Umwelt an erster Stelle. „Das Havariekommando ist Deutschlands einzige Führungsorganisation bei Großschadenslagen in Nord- und Ostsee“, sagt Leiter Dr. Robby Renner. Die Behörde bündelt im Einsatzfall die Fähigkeiten und Einsatzmittel des Bundes sowie der fünf norddeutschen Küstenländer.



Foto: Havariekommando

Dr. Robby Renner

Lieferketten und wirtschaftliche Abläufe können gefährdet sein

Für die Wirtschaft hat diese Aufgabe eine weit größere Bedeutung, als vielen bewusst ist. Nord- und Ostsee gehören zu den wichtigsten Verkehrswegen Europas. Hinzu kommen bedeutende Häfen, industrielle Infrastruktur sowie die stetig wachsende Offshore-Windenergie. Schwere Unfälle auf See können daher nicht nur Menschen und Umwelt gefährden, sondern auch Lieferketten und wirtschaftliche Abläufe beeinträchtigen. „Bei

schweren Unfällen zählt schnelles und koordiniertes Handeln“, betont Renner. Das Havariekommando bündelt Kompetenzen wie Brandbekämpfung, Notschleppen, Verletztenversorgung und Schadstoffunfallbekämpfung. Damit würden nicht nur Menschen und das Wattenmeer geschützt, sondern zugleich wichtige Handelswege und maritime Infrastruktur gesichert.

Standort Cuxhaven ideal

Dass das Havariekommando heute in Cuxhaven beheimatet ist, war ursprünglich keine gezielte Standortentscheidung. Dennoch hat sich der Standort als ideal erwiesen. Im Maritimen Sicherheitszentrum arbeiten Behörden und Einsatzorganisationen von Bund und Küstenländern Tür an Tür zusammen. Kurze Abstimmungswege und das rund um die Uhr besetzte Maritime Lagezentrum ermöglichen schnelle Entscheidungen auch in kritischen Situationen.

Eigene Einsatzkräfte besitzt das Havariekommando nicht. Vielmehr besteht seine Stärke darin, unterschiedlichste Organisationen zusammenzuführen. Zu den Partnern zählen unter anderem Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, die Deutsche Marine, die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), die Bundespolizei sowie die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Auch Schlepperunternehmen, Bergungsfirmen und Hafenbetreiber spielen im Ernstfall eine wichtige Rolle.

Regelmäßige gemeinsame Übungen

„Komplexe Schadenslagen lassen sich nur gemeinsam und über Zuständigkeitsgrenzen hinweg bewältigen“, sagt Renner. Deshalb werde großer Wert auf regelmäßige Zusammenarbeit und gemeinsame Übungen gelegt. Mehr als 100 Übungen finden jährlich statt.

”

Eigene Einsatzkräfte besitzt das Havariekommando nicht. Vielmehr besteht seine Stärke darin, unterschiedlichste Organisationen zusammenzuführen.



Foto: Fabian Lührs

Drei Einsatzleiter des Havariekommandos üben mit einem Bundespolizeihubschrauber für einen Ernstfall auf See.

Der Alltag der rund 50 Mitarbeitenden besteht deshalb nicht nur aus Einsatzplanung. Nautiker, Ingenieure, Biologen, Chemiker, Feuerwehrleute und weitere Fachleute entwickeln Einsatzkonzepte, erproben neue Techniken und bereiten sich auf mögliche Schadensszenarien vor. Einige Mitarbeitende sind zusätzlich als so genannte On-Scene-Coordinators ausgebildet und übernehmen im Ernstfall direkt vor Ort die Einsatzleitung. Wie wichtig eingespielte Abläufe sind, zeigte die Kollision der Frachtschiffe VERITY und POLESIE im Oktober 2023 vor Helgoland. Das Havariekommando übernahm damals die Gesamteinsatz-

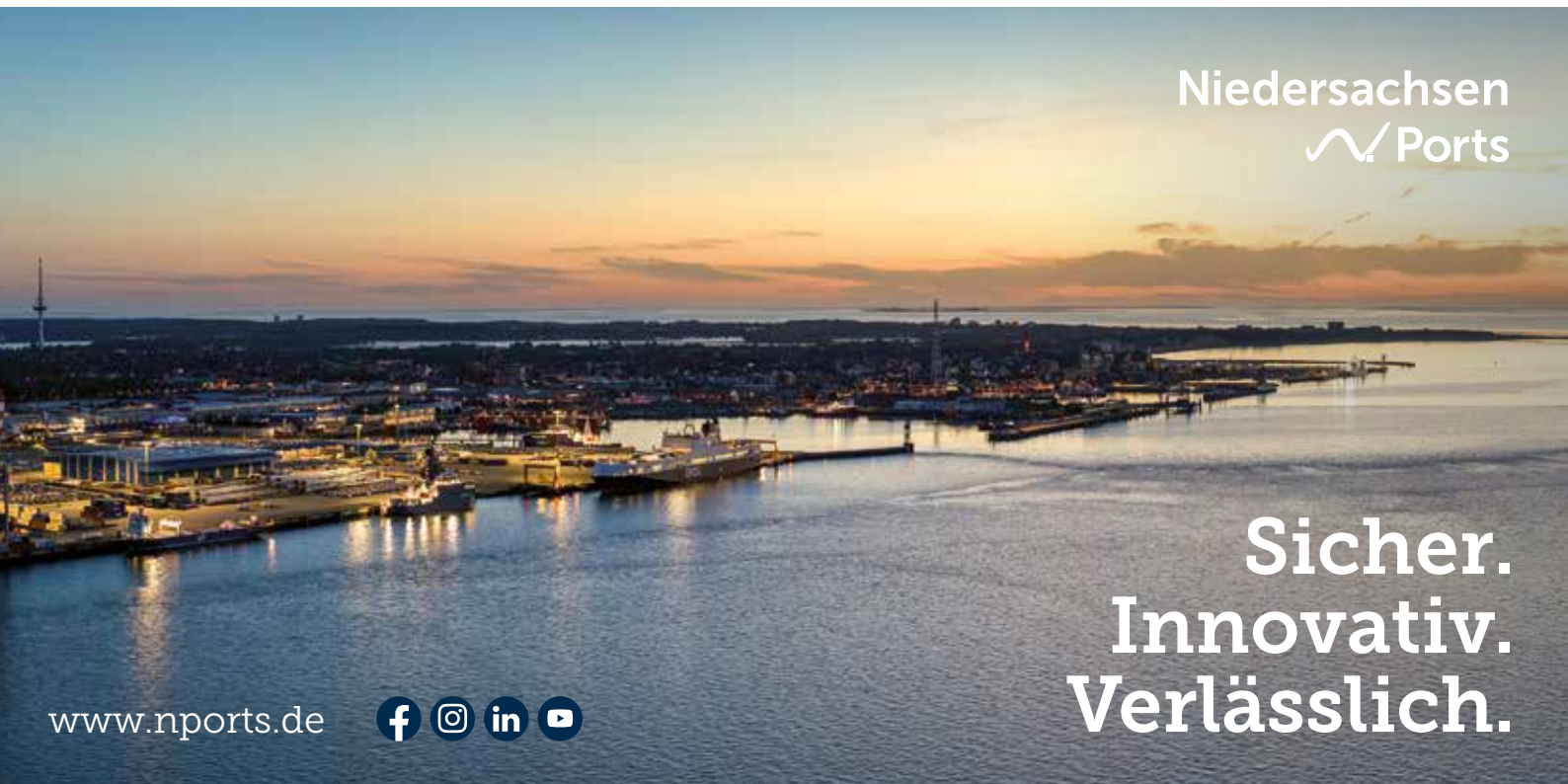
leitung bei einer der größten Rettungsaktionen der vergangenen Jahrzehnte in der Deutschen Bucht. Zwei Besatzungsmitglieder konnten gerettet werden. Für Renner ist dieser Einsatz bis heute prägend. „Er hat gezeigt, wie entscheidend klare Führung, ein gemeinsames Ziel und das enge Zusammenspiel aller beteiligten Partner sind.“

Steigende Anforderungen in der Zukunft

Mit Blick auf die Zukunft rechnet das Havariekommando mit weiter steigenden Anforderungen. Zunehmender Schiffsverkehr, größere Schiffe, Öl- und LNG-Transporte, der Ausbau der Offshore-Windenergie sowie hybride Bedrohungslagen erhöhen die Komplexität der maritimen Sicherheit. Trotz dieser Herausforderungen bleibt die Botschaft des Behördenleiters klar: „Sicherheit ist die Grundlage für eine funktionierende und zuverlässige Wirtschaft.“ Unternehmen sollten deshalb in Ausbildung, sichere Prozesse und Vorsorge investieren. Und falls doch einmal etwas passiert, verspricht Renner: „Wir im Havariekommando sind auf Unfälle gut vorbereitet. Sie können sich auf uns verlassen.“ ■

Philipp Welsch **IHK Elbe-Weser**
04721 7216-255
philipp.welsch@elbeweser.ihk.de

Anzeige



Niedersachsen
Ports

Sicher.
Innovativ.
Verlässlich.



Sicherheit ist Wertschöpfung: Das Rüstungscluster Niedersachsen

Die Zeitenwende ist in der Wirtschaft angekommen. Verteidigungsfähigkeit ist keine abstrakte politische Forderung mehr, sondern eine industrielle Aufgabe, und sie entscheidet sich nicht allein in Berlin oder Brüssel, sondern in den Werkshallen, Konstruktionsbüros und Häfen Niedersachsens. Genau hier setzt das Rüstungscluster Niedersachsen an.

Das Cluster ist ein Förderprojekt des Landes Niedersachsen, getragen von den Unternehmerverbänden Niedersachsen (UVN) und in enger Zusammenarbeit mit Niedersachsen. Next konzipiert. Seit dem Start im August 2025 haben sich mehr als 570 Akteure der niedersächsischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie angeschlossen: große Systemhäuser ebenso wie Werften, Forschungseinrichtungen und vor allem der Mittelstand, vom Zulieferer bis zum Spezialisten mit drei Mitarbeitern. Damit bildet das Cluster im Grunde die gesamte Wertschöpfungskette der Branche ab.

„Unser Ziel ist nicht Vernetzung als Selbstzweck, sondern konkrete Industriekooperation“, sagt Clustermanager Dr. Joachim Algermissen. „Wir bringen Unternehmen zusammen, damit aus Kontakten Aufträge, Partnerschaften und am Ende Verteidigungsfähigkeit werden.“

KI-gestütztes Business-Speeddating bringt Partner zusammen

Dafür hat das Cluster Formate entwickelt, die auf Ergebnisse in Form konkreter Industriekooperationen zielen. Der Wanderzir-

kus führt das Netzwerk jeden Monat zu einem anderen Mitglied – quer durch Niedersachsen von der Küste bis zum Harz – und eröffnet darüber Zugang zu Expertenwissen als auch zu spannenden Kontakten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Über Vor-Ort-Besuche bei der Bundeswehr, Delegationsreisen, Messenveranstaltungen und vielem mehr eröffnet sich für neue Akteure das notwendige Verständnis für eine Branche mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten. Herzstück ist jedoch derzeit der Marktplatz: ein KI-gestütztes Business-Speeddating, bei dem jedes Unternehmen in 13 bilateralen Gesprächen à zwölf Minuten exakt die Partner trifft, die zu seinem Profil passen. Nach der Premiere in Braunschweig mit 58 Unternehmen und rund 100 Teilnehmern kamen zur zweiten Auflage in Wolfsburg bereits 79 Unternehmen mit über 120 Teilnehmern zusammen. Aus diesen Begegnungen sind bereits zahlreiche Kooperationsanbahnungen entstanden, so dass dieses Format sehr stark nachgefragt und daher im dritten Quartal wiederholt wird.

Für den Elbe-Weser-Raum ist das Thema alles andere als fern. Die Region verbindet maritime Wirtschaft, Luftfahrtkompetenz und leistungsfähige Logistik – drei Felder, die für die Ver-



Dr. Joachim Algermissen



Christoph Pein

”

Wir bringen Unternehmen zusammen, damit aus Kontakten Aufträge, Partnerschaften und am Ende Verteidigungsfähigkeit werden.

teidigungsfähigkeit Deutschlands und der NATO zentral sind. Häfen und Verkehrswege der Region sind Teil der militärischen Drehscheibe Deutschland, über die im Bündnisfall Material und Truppen bewegt werden. Werften und maritime Zulieferer finden in der Marine einen wachsenden Auftraggeber. Und wer heute Strukturbauteile für die zivile Luftfahrt fertigt, bringt Fähigkeiten mit, die auch im Verteidigungsbereich gefragt sind. Das Cluster macht diese Übergänge sichtbar: Unter Stichworten wie Auto2Defence oder Werft2Defence zeigt es Unternehmen, wie vorhandene Kompetenzen in einen neuen Markt getragen werden können.

Mehr Aufträge in der Region halten.

Denn die Chancen sind erheblich. Der Großteil der europäischen Verteidigungsbeschaffung fließt bislang an außereuropäische Lieferanten. Jeder Auftrag, der stattdessen in der Region bleibt, stärkt Beschäftigung, Innovationskraft und Resilienz zugleich. Zugleich ist der Einstieg voraussetzungsvoll: Geheimschutz, Zertifizierungen und die Beschaffungslogik des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) folgen eigenen Regeln. Hier unterstützt das Cluster mit Erfahrungsaustausch im Netzwerk

und baut derzeit mit der Defence Support Agency eine Struktur auf, die Unternehmen systematisch auf den Markteintritt vorbereitet, vom Readiness-Check über die Qualifizierung bis zum Kontakt mit den Systemhäusern. Niedersachsen bringt für diese Aufgabe eine Besonderheit mit: Als einziges Bundesland verfügt es über industrielle Kompetenz in allen fünf Dimensionen moderner Verteidigung, zu Lande, zur See, in der Luft, im Welt-raum und im Cyberraum. „Sicherheit ist die Voraussetzung für alles andere, auch für wirtschaftlichen Erfolg“, so Algermissen. „Und Sicherheit entsteht nicht von allein. Sie wird von Unternehmen gebaut, gewartet und weitergedacht, auch im Elbe-Weser-Raum.“

Unternehmen, die den Einstieg in die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie prüfen oder ihre Position ausbauen wollen, sind im Cluster willkommen. Der Kontakt läuft über die Unternehmerverbände Niedersachsen. ●

Dr. Joachim Algermissen

Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)

Weitere Informationen: Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN), Christoph Pein, Telefon: 01514 1826-501, E-Mail: cp@uvn.digital

Anzeige

WENN

ein Cyber-Angriff Ihre
Firma schädigt,

VGH CyberSchutz –
jetzt beraten lassen
cyber.vgh.de

 Finanzgruppe

DANN

hilft der
VGH CyberSchutz.

VGH 
fair versichert

IHK-Arbeitskreis Security & Defence tagt im THW-Ausbildungszentrum Hoya

Perspektiven für Sicherheit und Krisenvorsorge

Sicherheit und Resilienz gewinnen für Unternehmen, Behörden und Organisationen zunehmend an Bedeutung. Geopolitische Entwicklungen, neue technologische Herausforderungen und die Stärkung kritischer Infrastrukturen rücken das Thema Sicherheit stärker denn je in den Fokus. Vor diesem Hintergrund lädt der Arbeitskreis Security & Defence der IHK Elbe-Weser am 27. Oktober in das THW-Ausbildungszentrum Hoya ein. Die Veranstaltung bietet den Mitgliedern des Arbeitskreises die Möglichkeit, sich über aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Chancen im Sicherheits- und Verteidigungsumfeld auszutauschen. Dabei stehen neben fachlichen Impulsen insbesondere der persönliche Dialog und die Vernetzung der Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung und Hilfsorganisationen im Mittelpunkt. Als Veranstaltungsort wurde bewusst das THW-Ausbildungszentrum in Hoya gewählt. Die Einrichtung zählt zu den wichtigsten Ausbildungsstätten des Technischen Hilfswerks in Deutschland und steht für praxisnahe Qualifizierung, modernes Krisenmanagement und den Aufbau von Kompetenzen für den Bevölkerungsschutz. Die Teilnehmenden erhalten damit nicht nur Einblicke in die Arbeit und Aufgaben des THW, sondern auch in die Bedeutung einer leistungsfähigen Sicherheitsarchitektur für Gesellschaft und Wirtschaft.

Das THW-Ausbildungszentrum Hoya bietet für diese Diskussion den passenden Rahmen. Als Ort der Aus- und Weiterbildung im Bevölkerungsschutz steht es beispielhaft für die enge Verzahnung von Vorbereitung, Zusammenarbeit und Einsatzbereitschaft. Die Teilnehmenden erfahren mehr über aktuelle Anforderungen an Krisenmanagement und Vorsorge sowie über deren Bedeutung für Unternehmen und Gesellschaft.

Die Veranstaltung am 27. Oktober bietet hierfür einen idealen Rahmen. Neben aktuellen Fachthemen werden Erfahrungen aus der Praxis vorgestellt und Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert. Gerade in Zeiten wachsender Anforderungen an Krisenvorsorge, Versorgungssicherheit und technologische Innovationen wird der Austausch zwischen Wirtschaft, Sicherheitsorganisationen und öffentlichen Institutionen immer wichtiger.

Mit dem Treffen in Hoya setzt der Arbeitskreis seine erfolgreiche Arbeit fort und schafft erneut eine Gelegenheit, Wissen zu teilen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. ■

[Sie haben Interesse an einer Mitgliedschaft im Arbeitskreis Security & Defence?](#)

Dann wenden Sie sich gern an die IHK Elbe-Weser, Christian Knopp, Telefon: 04231 9246-233, E-Mail: christian.knopp@elbeweser.ihk.de





Cybersicherheit stärken

Wie die Transferstelle Cybersicherheit im Mittelstand Betriebe unterstützt

Der Oktober ist der europäische Cybersicherheitsmonat.

Die Transferstelle Cybersicherheit im Mittelstand bietet in diesem Zeitraum zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen rund um das Thema IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen an. Weitere Informationen und Anmelde-möglichkeiten finden interessierte Betriebe auf der Website der Transferstelle: www.transferstelle-cybersicherheit.de

Cybersicherheit ist längst kein Randthema mehr, sondern eine unternehmerische Kernaufgabe. Gleichzeitig fehlen vielen kleinen und mittleren Unternehmen die personellen und finanziellen Ressourcen, um sich systematisch zu schützen. Genau hier setzt die Transferstelle Cybersicherheit im Mittelstand an: Sie unterstützt Betriebe mit praxisnahen, kostenfreien Angeboten dabei, ihre digitale Widerstandsfähigkeit zu stärken. Im Interview erklärt Projektleiter Marc Dönges, welche konkrete Hilfe Betriebe dort finden.

Herr Dönges, was genau ist die Transferstelle Cybersicherheit im Mittelstand und mit welchem Ziel wurde sie gegründet?

Die Transferstelle Cybersicherheit im Mittelstand ist eine Anlaufstelle, die im Rahmen der Initiative IT-Sicherheit in der Wirtschaft und mit Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie entstanden ist. Unser Ziel: praxisnahes Wissen rund um Cybersicherheit dorthin bringen, wo es gebraucht wird – in kleine und mittlere Unternehmen. Wir übersetzen komplexe

technische und regulatorische Themen in verständliche, umsetzbare Handlungsempfehlungen, kostenfrei und ohne Vorkenntnisse vorauszusetzen.

An wen richten sich Ihre Angebote konkret und welche typischen Herausforderungen beobachten Sie bei kleinen und mittleren Unternehmen?

Unsere Angebote richten sich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe und Start-ups. Die Herausforderungen ähneln sich häufig: Es fehlt an Zeit, an IT-Expertise im Haus und oft am Budget für externe Beratung. Viele Geschäftsführungen wissen, dass Cybersicherheit wichtig ist, aber nicht, wo sie konkret anfangen sollen. Genau diese Lücke wollen wir schließen.

Wie würden Sie die aktuelle Bedrohungslage für KMU in Deutschland beschreiben?

Die Bedrohungslage hat sich deutlich verschärft. Wir beobachten eine Zunahme von Ransomware, Phishing und Social Engineer- »



Foto: @gettyimages/Unipong

Unternehmen ihren aktuellen Sicherheitsstatus unkompliziert einschätzen lassen und erhalten konkrete Hinweise, wo Handlungsbedarf besteht. Im CYBERDialog, einem einstündigen Erstgespräch, stehen wir Betrieben für individuelle Fragen zur Verfügung und werfen gemeinsam einen Blick auf den Status Quo der IT-Sicherheit. Zusammen legen wir die nächsten Schritte fest, die den Betrieb cybersicherer gestalten. Ergänzend bieten wir zahlreiche kostenfreie Webimpulse und Online-Workshops zu aktuellen Themen an – kompakt, praxisnah und ohne großen Zeitaufwand für die Teilnehmenden.

Trotz präventiver Maßnahmen kann der IT-Notfall jederzeit eintreten. Haben Sie Angebote für den Ernstfall?

Ja, absolut. Prävention ist wichtig, aber niemand ist zu hundert Prozent geschützt. Deshalb bieten wir mit der CYBERSicher Notfallhilfe auch Unterstützung für den akuten Ernstfall an. Wenn ein Unternehmen tatsächlich Opfer eines Cyberangriffs wird, zählt jede Minute, und genau da stehen wir mit der Notfallhilfe schnell und pragmatisch zur Seite. Innerhalb von wenigen Minuten erhalten betroffene Betriebe Unterstützung durch praxisorientierte, zugeschnittene Maßnahmen oder den Kontakt zu verfügbaren IT-Dienstleistern.

Welche ersten drei Maßnahmen empfehlen Sie KMU, die ihre Cybersicherheit kurzfristig verbessern möchten?

Drei Dinge würde ich jedem Betrieb ans Herz legen: Erstens eine konsequente Passwortsicherheit, idealerweise ergänzt um Zwei-Faktor-Authentifizierung. Zweitens eine funktionierende Backup-Strategie, die regelmäßig getestet wird. Nur ein vorhandenes, komplettes und funktionierendes Backup kann im Ernstfall helfen. Und drittens empfehle ich einen IT-Notfallplan, der klar regelt, wer im Krisenfall was tut. Diese drei Maßnahmen lassen sich meist auch ohne große Investitionen zeitnah umsetzen.

Gibt es auch ein Angebot, das einen intensiveren Einstieg in das Thema Cybersicherheit ermöglicht?

Ja, dafür haben wir die ISMS-Werkstatt entwickelt. Hier begleiten wir Unternehmen über einen längeren Zeitraum beim Aufbau eines Informationssicherheits-Managementsystems. Das eignet sich besonders für Betriebe, die Cybersicherheit strukturiert und nachhaltig verankern möchten, statt nur punktuelle Maßnahmen umzusetzen.

Was ist Ihr Appell, wenn es um das Thema Cybersicherheit für KMU geht?

Mein Appell lautet: Priorisieren Sie das Thema und setzen Sie es konsequent um. Man muss nicht alles auf einmal schaffen. Jeder einzelne Schritt, und sei er noch so klein, macht den eigenen Betrieb ein Stück cybersicherer und schließt ein weiteres Einfallstor für Cyberkriminelle. Wichtig ist, überhaupt anzufangen. ■

» ring, bei dem Mitarbeitende gezielt manipuliert werden. Kleine und mittlere Unternehmen geraten verstärkt ins Visier, weil Schutzmaßnahmen dort seltener flächendeckend etabliert sind als in Großunternehmen. Ein typisches Szenario ist die gefälschte Rechnungs-E-Mail oder ein gefälschter Website-Link, die täuschend echt wirken, im Tagesgeschäft schnell übersehen werden und teils gravierende Folgen haben.

Viele Unternehmen wissen nicht, wo sie anfangen sollen. Welche konkreten Unterstützungsangebote bietet die Transferstelle?

Wir bieten verschiedene Möglichkeiten, um das Thema Cybersicherheit anzugehen. Mit dem CYBERSicher Check können

TOPZERT GMBH

SICHERHEIT MIT SYSTEM – COMPLIANCE STEUERBAR MACHEN

Informationssicherheit, Datenschutz, Qualitätsmanagement und KI-Governance werden in vielen Unternehmen noch getrennt organisiert. Das führt zu parallelen Zuständigkeiten, mehrfacher Dokumentation und Maßnahmen, die im Tagesgeschäft schwer steuerbar sind.

Die TopZert GmbH unterstützt kleine und mittlere Unternehmen seit mehr als zehn Jahren dabei, gesetzliche, regulatorische und normative Anforderungen in praxistaugliche Managementsysteme zu übersetzen – von der Bestandsaufnahme über geeignete Prozesse bis zur Vorbereitung auf Audits und Kundennachweise.

Unser Ansatz lautet: Integration statt Silos. Wir verbinden Datenschutz, Informationssicherheit, Business Continuity, Qualitätsmanagement und KI-Governance mit den vorhandenen Abläufen. Orientierung geben unter anderem ISO 9001, ISO/IEC 27001, BSI IT-Grundschutz, ISO 22301 und ISO/IEC 42001 sowie Anforderungen aus NIS2, Lieferketten und Kundenverträgen.

So entsteht keine Dokumentation für den Schrank, sondern ein System, das Verantwortlichkeiten klärt, Risiken sichtbar macht und Entscheidungen unterstützt. Gerade für KMU müssen Maßnahmen fachlich belastbar sein, ohne unnötige Bürokratie zu erzeugen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark. Dabei berücksichtigen wir rechtliche und normative Rahmenbedingungen ebenso wie Marktanforderungen und die Erwartungen internationaler Auftraggeber.

Auch beim Einsatz künstlicher Intelligenz schaffen wir klare Strukturen: von Verantwortlichkeiten und Risikobewertung bis zu Transparenz, Nachweisführung und menschlicher Aufsicht.

Seit Ende 2024 ist die TopZert GmbH selbst nach ISO 9001 zertifiziert.

Fünf gute Gründe für externe Unterstützung:

1. Anforderungen strukturiert erfassen und Risiken reduzieren
2. Bestehende Prozesse nutzen und Doppelarbeit vermeiden
3. Audits und Kundennachweise gezielt vorbereiten
4. Informationssicherheit und Resilienz verbessern
5. Mitarbeitende sensibilisieren und Verantwortung verankern

TopZert GmbH – Sicherheit. Struktur. Vertrauen.

Wir machen Compliance steuerbar:
modular, praxistauglich und über Ländergrenzen hinweg.



SICHERHEIT MIT SYSTEM.

WER VERANTWORTUNG TRÄGT, MUSS SICHERHEIT VORAUSDENKEN.



Jetzt Sicherheitsscheck anfragen →

TopZert GmbH
Stader Landstr. 27a
21762 Otterndorf

www.topzert.eu
hallo@topzert.eu
+49 4751 9995469

„Grundlagen der Cybersicherheit für KMU“

Teilnehmende benötigen keine IT-Vorkenntnisse

Cyberangriffe sind längst kein Problem mehr, das nur große Konzerne betrifft. Immer häufiger geraten auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ins Visier von Cyberkriminellen. Der Grund ist einfach: Viele Angriffe erfolgen automatisiert und richten sich gezielt gegen Unternehmen, bei denen die Sicherheitsvorkehrungen weniger umfassend sind. Ein erfolgreicher Angriff kann dabei erhebliche Folgen haben – von Betriebsunterbrechungen und Datenverlusten bis hin zu finanziellen Schäden und Reputationsverlusten.

Besonders verbreitet sind Angriffsmethoden wie Phishing, bei denen Mitarbeitende durch gefälschte E-Mails zur Preisgabe von Zugangsdaten verleitet werden, oder Ransomware-Angriffe, bei denen Unternehmensdaten verschlüsselt und erst gegen Zahlung eines Lösegelds wieder freigegeben werden sollen. Oft genügt bereits ein einziger Klick auf einen schädlichen Link, um den Schaden auszulösen.

Die Bedeutung des Themas wird zusätzlich durch die aktuelle geopolitische Lage verstärkt. Internationale Konflikte und politische Spannungen führen zunehmend auch zu digitalen Auseinandersetzungen. Cyberangriffe werden nicht nur von kriminellen Gruppen, sondern teilweise auch im Zusammenhang mit staatlichen Interessen durchgeführt. Unternehmen stehen dadurch vor einer Bedrohungslage, die komplexer und dynamischer geworden ist als noch vor wenigen Jahren. Die gute Nachricht: Wirksame Cybersicherheit muss weder kompliziert noch teuer sein. Bereits

einfache Maßnahmen können das Risiko deutlich reduzieren. Dazu gehören starke Passwörter, die Nutzung einer Multifaktor-Authentifizierung, regelmäßige Software-Updates, Datensicherungen sowie die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für typische Betrugsversuche.

Um Unternehmen einen verständlichen Einstieg in das Thema zu ermöglichen, bietet die IHK Elbe-Weser mehrmals im Jahr das einstündige Webinar „Grundlagen der Cybersicherheit für KMU“ an. Das Angebot richtet sich an Unternehmer, Führungskräfte und Mitarbeitende ohne IT-Vorkenntnisse. Im Webinar werden die wichtigsten Bedrohungen erläutert, praxisnahe Schutzmaßnahmen vorgestellt und eine kompakte Erste-Hilfe-Anleitung für den Ernstfall vermittelt. Ziel ist es, Orientierung zu geben und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die sich direkt im Unternehmensalltag umsetzen lassen. Das nächste Webinar findet am 1. Dezember von 15.30 Uhr bis 16.30 Uhr statt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist möglich unter: <https://events.ihk-elbeweser.de/cybersicherheitDez>.

Wersich darüber hinaus intensiver mit dem Thema beschäftigen möchte, findet auf der Website der IHK Elbe-Weser weiterführende Informationen, Praxisbeispiele, Hilfestellungen und aktuelle Hinweise rund um die digitale Sicherheit von Unternehmen: <https://www.ihk.de/elbeweser/cybersicherheit>. ■

Kirill Ulitskiy IHK Elbe-Weser

04141 524-177

kirill.ulitskiy@elbeweser.ihk.de

Resilienz erfordert Zusammenarbeit

Die IHK-Organisation versteht sich als Brücke zwischen Unternehmen, Politik und Sicherheitsakteuren.

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich grundlegend verändert. Spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine werden Fragen der Sicherheit wieder intensiv diskutiert – auch in der Wirtschaft. Gesprochen wird häufig von „hybriden Bedrohungen“, die auch die Unternehmen in Deutschland treffen. Gemeint ist eine Vielzahl von Vorfällen wie Ausspähungen von Firmenarealen und Anlagen der kritischen Infrastrukturen mit Drohnen, Cyberangriffe und Sabotageakte. Der Angriff auf die Stromversorgung in Berlin und der Drohnenvorfall am Flughafen Leipzig/Halle sind nur die Spitze des

Eisbergs. Insgesamt zeigen die Folgen geopolitischer Spannungen wie der Konflikt im Nahen Osten, wie verwundbar moderne Volkswirtschaften sein können.

Lange galt Sicherheit vor allem als Aufgabe des Staates. Heute wächst das Bewusstsein, dass auch die Wirtschaft eine zentrale Rolle für die Resilienz des Standortes Deutschland spielt. Ob Energieversorgung, Logistik, Telekommunikation oder Industrie: Viele grundlegenden Versorgungsleistungen und Fähigkeiten, die in Krisen- und Verteidigungsfällen benötigt werden, liegen in privaten Händen. Die Bedeutung der Wirtschaft für die Gesamt-

”

Heute wächst das Bewusstsein, dass auch die Wirtschaft eine zentrale Rolle für die Resilienz des Standortes Deutschland spielt.

verteidigung – das Zusammenspiel aus militärischer und ziviler Verteidigung – rückt deshalb stärker in den Fokus.

Resilienz wird zum Wettbewerbsfaktor

Sicherheit ist nicht mehr lediglich eine Frage von Werksschutz oder IT-Sicherheit. Sicherheit und Krisenvorsorge sind längst zu umfassenden Managementaufgaben geworden, die frühzeitig in unternehmerische Entscheidungen einbezogen werden müssen. Die Fähigkeit, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen handlungsfähig zu bleiben, wird zu einem Wettbewerbsfaktor. Hier zu investieren, wirkt sich nicht in allen Fällen unmittelbar in der Bilanz aus, ist aber insbesondere für viele mittelständische Zulieferbetriebe von großen Unternehmen überlebenswichtig.

Sicherheitsbehörden informieren regelmäßig über neue Risiken für Unternehmen. Dabei betreffen die Vorfälle nicht nur bestimmte Branchen, sie betreffen vielmehr die Wirtschaft in der Breite, weil offensichtlich versucht wird, systematisch unser Wirtschaftssystem zu verunsichern.

Bundesregierung handelt

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung 2026 die Nationale Wirtschaftsschutzstrategie beschlossen, mit der die Resilienz von Unternehmen, Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie Forschungs- und Innovationsprozessen gegenüber physischen, digitalen und hybriden Bedrohungen gestärkt werden soll. Sie betont dabei richtigerweise, dass Wirtschaftsschutz nur im engen Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft gelingen kann.

Sichtbar wird die aktuelle Entwicklung auch in neuen regulatorischen Anforderungen. Mit dem im März 2026 in Kraft getretenen „KRITIS-Dachgesetz“ sollen Unternehmen aus kritischen Sektoren resilienter werden. Neben zusätzlichen Resilienzmaßnahmen bedeutet dies für betroffene Unternehmen, Risikoanalysen durchzuführen und Meldepflichten einzuhalten. Der Staat versorgt die KRITIS-Unternehmen wiederum mit Risikoanalysen und Lagebildern.

IHKs engagieren sich

Die IHK-Organisation versteht sich als Brücke zwischen Unternehmen, Politik und Sicherheitsakteuren. Auf regionaler Ebene unterstützen sie ihre Mitgliedsunternehmen bei Fragen der Krisenvorsorge und Resilienz. Zusammen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wurde ein niedrigschwelliger Krisenvorsorgeplan für KMUs entwickelt. Auf Landesebene arbeiten die IHKs eng zusammen und koordinieren ihre Aktivitäten. Auf Bundesebene bringt die DIHK die Perspektive der Wirtschaft in politische Prozesse und Gesetzgebungsver-

fahren in Berlin und Brüssel ein und vertritt die Anliegen der Unternehmen gegenüber Bundeswehr und Sicherheitsbehörden. Die DIHK engagiert sich auch in der Initiative Wirtschaftsschutz des Bundesministeriums des Innern. Gemeinsam mit Sicherheitsbehörden und Wirtschaftsverbänden stellt die Initiative Informationsmaterialien bereit und organisiert Informationsveranstaltungen.

Sicherheit beginnt vor Ort

Resilienz erfordert Zusammenarbeit. Deshalb gewinnen neue Austausch- und Übungsformate an Bedeutung. Ein Beispiel ist „Red Storm Business“ in Hamburg. Dort erproben Unternehmen gemeinsam mit öffentlichen Akteuren die Bewältigung von Krisenszenarien und stärken ihre Handlungsfähigkeit für den Ernstfall.

Sicherheit in der Wirtschaft ist längst kein Nischenthema mehr. Resiliente Unternehmen, belastbare Lieferketten und funktionierende Infrastrukturen sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Staat und Wirtschaft auch in Krisen handlungsfähig bleiben. Das wird aber nur dann funktionieren, wenn Wirtschafts- und Sicherheitspolitik konsequent zusammengedacht werden. ■

Benjamin Baykal

Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)



Foto: @gettyimages/sanieri



NACHHALTIG: Energie, Entsorgung, Recycling

Nachhaltig zu arbeiten und zu wirtschaften ist eine enorme Herausforderung für Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen. Nachhaltigkeit verbindet einerseits Beiträge zum Schutz von Umwelt und Klima sowie Ressourcen. Andererseits kann Nachhaltigkeit die langfristige Perspektive von Unternehmen sichern.

Auch im Elbe-Weser-Raum stellen sich Unternehmen und Unternehmer der Aufgabe, möglichst viele Bereiche ihres Wirtschaftens auf Nachhaltigkeit einzustellen und Abläufe, Prozesse sowie Verarbeitung und Produkte auf nachhaltige Aspekte auszurichten.

Besonders gefordert sind Unternehmen, die in den Bereichen Energie, Entsorgung und Recycling tätig sind. Erneuer-

bare Energien gewinnen immer mehr an Bedeutung. Doch auch für Projekte zur Erzeugung von Strom etwa aus Wind oder Solar gilt, dass sie möglichst nachhaltig geplant, gebaut und betrieben werden müssen.

Neuen Herausforderungen müssen sich alle stellen, die sich mit Entsorgung und Recycling befassen. Wiederverwertung und Vermeidung haben eine früher nicht gekannte Bedeutung erreicht. Ganze Branchen befinden sich im Wandel.

Nachhaltiges Wirtschaften wird in Zeiten rasant steigender Energiekosten und eingeschränkter Verfügbarkeit von Ressourcen zu einem Faktor, der die weitere Entwicklung der Wirtschaft prägen kann. Das ist Herausforderung und Chance zugleich.

Kompensationsflächen in Niedersachsen

Der Fonds für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen bietet großflächig Ausgleichspflichtigen Flächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen im Norden von Niedersachsen an.

Sie als Ausgleichspflichtiger entscheiden selbst, bei welchem Anbieter Sie Ihre Ökopunkte kaufen.

Kontaktieren Sie uns gerne für ein unverbindliches Angebot.

FEAM GmbH

Tel.: 05193 98 69 700

Internet: www.feam.de

Mail: vertrieb@feam.de

 **FEAM**
FONDS FÜR ERSATZ- UND
AUSGLEICHSMASSENNAHMEN

Nachhaltigkeit bei Energieprojekten

Strom, der in Windparks oder Solaranlagen erzeugt wird, gilt als klimafreundlich und nachhaltig. Der Bau solcher Anlagen im Freiland ist jedoch immer auch mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden und führt zu Veränderungen. Daher müssen schon bei der Planung mögliche Auswirkungen geprüft und bewertet werden.

Zahlreiche qualifizierte und spezialisierte Gutachter werden in die Genehmigungsverfahren eingebunden. Ziel ist es, negative Auswirkungen auf Umwelt, Natur, Tiere und Menschen zu vermeiden. In der Regel führt dies dazu, dass Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen erforderlich sind.

Deutlich geringer sind die Anforderungen, wenn etwa Solaranlagen auf Dächern oder vorhandenen Gebäuden installiert werden. Doch auch hier ist die Einbindung von Experten geboten. In diesen Tätigkeitsfeldern eröffnen sich vielfältige Aufgabenbereiche für Dienstleister.

Auch für nachhaltig konzipierte Energieprojekte gilt die Erwartung, dass sie zuverlässig und sicher Energie erzeugen, die dann in die Übertragungsnetze eingespeist und bis zu den Endverbrauchern weitergeleitet wird. Und die Endverbraucher vertrauen darauf, dass die nachhaltig erzeugte Energie immer dann zur Verfügung steht, wenn sie benötigt wird.

Zur Betrachtung der Nachhaltigkeit von Projekten der Erneuerbaren Energien zählt aber auch der Rückbau nach dem Ende der technisch möglichen Betriebszeit. Hier geht es darum, von vorn herein darauf zu achten, dass möglichst viele Komponenten und Baustoffe recycelt und damit wieder genutzt werden können. Nachhaltigkeit hat viele Aspekte.

Damit die Nutzung von Freiflächen für Flächen für Windparks und Solaranlagen möglichst wenig zu Lasten von Natur und Landschaft geht, sind nach geltender Rechtslage Ersatz- oder Ausgleichsmaßnahmen vorgeschrieben. Maßgeblich sind dabei Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes und des Baugesetzbuches.

Das Ziel dieser Vorschriften ist es, das ökologische Gleichgewicht möglichst zu erhalten. Um die Umsetzung zu erleichtern und zu optimieren, sieht das

geltende Bauplanungsrecht vor, dass Ausgleichsmaßnahmen, also eine Kompensation im räumlichen und funktionalen Zusammenhang, nicht in unmittelbarer Nähe beziehungsweise am Ort des Eingriffs erfolgen muss.

Allerdings sollen erforderliche Ersatzmaßnahmen auch auf Flächen im gleichen oder benachbarten Naturraum erfolgen können.

Die Grundidee dieser Vorschriften ist ein generelles Verschlechterungsverbot für Natur und Landschaft. Negative Folgen von Eingriffen in Natur und Landschaft und Beeinträchtigungen, die damit verbunden sind, sollen vermieden und minimiert werden. Außerdem sollen nicht vermeidbare Eingriffe durch Maßnahmen des Naturschutzes ausgeglichen werden.

Voll in unserem Element



**Zerkleinern
Sortieren
Brechen
Sichten
Sieben**



HEIDEMANN
Recycling GmbH

www.heidemann-recycling.de

WIR BESCHÄFTIGEN UNS MIT...

- Anlagen zur Aufbereitung von industriellen Nebenprodukten
- Nichteisenscheideanlagen
- Sieb- und Brechanlagen
- Sichtung- und Sortiertechnik
- Spezialapparatbau



**Konstruktion, Bau
und Reparatur von
Aufbereitungsanlagen**

www.sortatec.de

Nutzung natürlicher Ressourcen

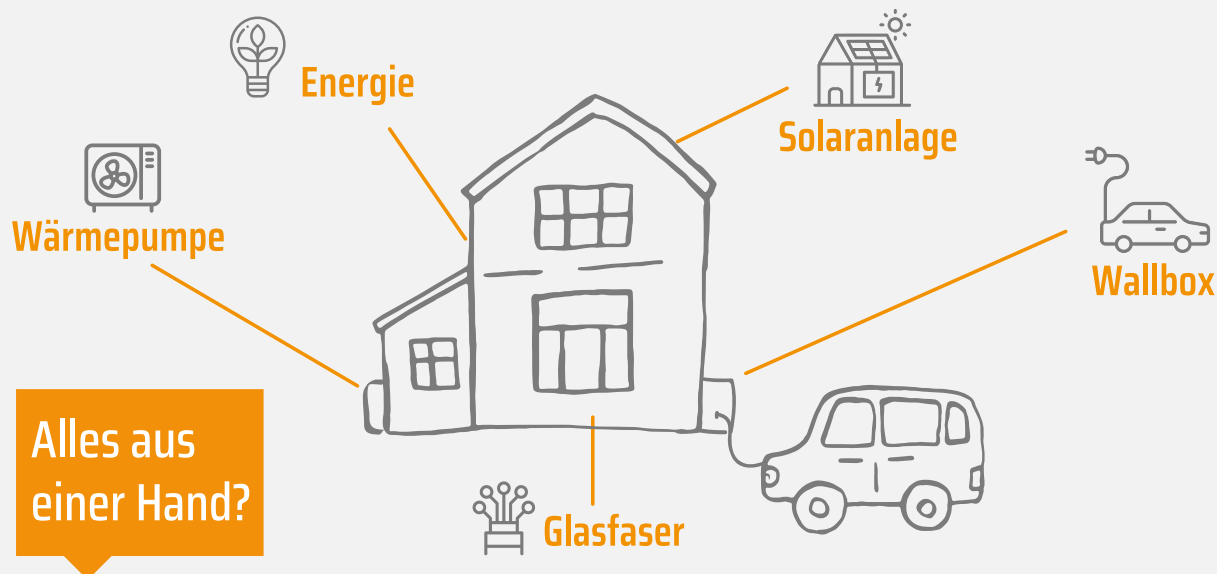
Die Nutzung natürlicher Ressourcen ist mit Emissionen und anderen Umweltwirkungen verbunden - und das entlang des gesamten Lebenszyklus von Produkten. Außerdem können knapper werdende Ressourcen und schwankende Rohstoffpreise zu starken wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen. Ressourcennutzung hat somit teilweise nicht unerhebliche Folgen. Darauf weist das Umweltbundesamt hin.

Natürliche Ressourcen sind die materielle, energetische und räumliche Grundlage unseres Lebensstandards. Dabei ist die Inanspruchnahme von Ressourcen über die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet immer mit Belastungen für die Umwelt verbunden.

Prinzipiell gilt: jede Entnahme und Aufbereitung eines Rohstoffes hat Auswirkungen für die Umwelt: Bodendegradierung, Wasserknappheit, Verlust der biologischen Vielfalt, Beeinträchtigung der Ökosys-

temfunktionen oder Verstärkung des Klimawandels können die Folge sein. Aber auch die Nutzung der aus den Rohstoffen hergestellten Produkte ist zumeist mit der Freisetzung von Treibhausgasen, der Emission von Schadstoffen oder der Beeinträchtigung von Ökosystemen und der biologischen Vielfalt verbunden. Daher ist es geboten, intensiv an einem ganzheitlichen Konzept zu arbeiten.

Um die negativen Folgen der Ressourceninanspruchnahme auf ein ökologisch und sozial verträgliches Maß zu reduzieren, werden verschiedene Strategien für eine schonende und effizientere Ressourcennutzung in Produktion und Konsum verfolgt. Auch die Abfallwirtschaft und die gesetzlichen Regelungen zur Produktverantwortung leisten einen wichtigen Beitrag. Das Umweltbundesamt beteiligt sich daher am Wissens- und Technologietransfer zur schonenden und effizienten Ressourcennutzung.



Natürlich mit uns.

Unsere Energiedienstleistungen überzeugen rundum – für eine sorgenfreie Zukunft.

Jetzt Termin vereinbaren! Termine und Checks online beantragen:
Oder rufen Sie uns an: 04161 727 557

www.stadtwerke-buxtehude.de



**STADTWERKE
BUXTEHUDE**

Entsorgung und Recycling

Abfall fällt immer an. Papier und Pappe, Plastik, Elektrogeräte und elektronische Bauteile, Bauabfälle, Sperrmüll und Großgeräte aber auch Kleidung und vieles andere werden aussortiert und ausgesondert. Und doch können viele der darin enthaltenen Materialien noch wieder genutzt und verwertet werden. Die getrennte Entsorgung und das Recycling sind dazu unverzichtbar.

In Niedersachsen erfolgt das Recycling und die Entsorgung von Abfällen über lokale Wertstoffhöfe, kommunale Entsorger sowie private Fachbetriebe nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Das Prinzip des Vermeidens, Verminderns und Verwertens von Abfällen gilt in Deutschland seit 1996, erklärt das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz.

Das Prinzip des Vermeidens, Verminderns und Verwertens von Abfällen schreibt die Produktverantwortung des Herstellers fest und räumt der Vermeidung von Abfällen höchste Priorität ein. Abfälle, die gar nicht erst entstehen, sind damit der Idealfall. Andererseits müssen Abfälle, die nicht vermieden werden können, möglichst stofflich oder energetisch verwertet – also recycelt – werden.

Dazu gelten auch gesetzliche Grundlagen und Pflichten. Im Gesetz wird strikt zwischen Vermeidung, Wiederverwendung, Recycling (stofflich/energetisch) und Beseitigung unterschieden. Es gilt eine erweiterte Pflicht zur getrennten Sammlung von Bioabfällen, Papier, Glas, Metallen und Kunststoffen. Wertstoffe dürfen nicht in den Restmüll.

Abfallbilanzen und Abfallwirtschaftspläne sind wesentliche Instrumente für die Planung und Erfolgskontrolle einer umweltverträglichen Abfallentsorgung. Der Grundgedanke dieser Regelungen ist es, Rohstoffe und Materialien zu sparen und Ressourcen zu schonen.

Wieder an Bedeutung gewinnt die Reparatur von technischen Gegenständen. Sind Reparaturen der Geräte möglich, können sie anschließend weiterhin genutzt werden. Auch damit kann Abfall vermieden werden. Gleichzeitig ist es möglich, Ressourcen zu sparen und weniger zu nutzen.

Sind Reparaturen doch nicht mehr möglich, sind auch die Wege der Entsorgung klar geregelt. Hier wird vor allem nach Fraktionen unterschieden und aufgeteilt.

Für Elektroschrott gilt, dass er bei regionalen Recyclinghöfen, Schadstoffmobilen oder direkt im teilnehmenden Handel abgegeben werden darf. Die Entsorgung von Sperrmüll und Großgeräten erfordert eine gewisse Vorplanung. Hier sind in der Regel die kommunalen Entsorgungsbetriebe der Städte und Landkreise Ansprechpartner für die Entsorgung.

Bei Gewerbe- und Bauabfällen übernehmen spezialisierte regionale Dienstleister Containerdienste und das Recycling mineralischer beziehungsweise industrieller Abfälle. Hierzu gibt es im Elbe-Weser-Raum zahlreiche qualifizierte Unternehmen. Das gilt auch für das Schrott- und Metallrecycling sowie die Abfallberatung.



DAS MORGEN DENKEN.



**ABFALL IST NICHT DAS ENDE.
FÜR UNS IST ER DER ANFANG EINER LÖSUNG.**

Wir erfassen, transportieren und verwerten
Abfälle aus Gewerbe und Industrie – zuverlässig
und passend zu Ihren Anforderungen.

**Recycling und Entsorgung · Containerdienst ·
Industrieservice · Akten- und Datenträgervernichtung**

Entsorgungslösungen nach Bedarf. Jetzt anfragen.

KARL MEYER GRUPPE | WWW.KARL-MEYER.DE
Tel.: +49 4770 801 206 | vertrieb.km@karl-meyer.de

Immer mehr erneuerbare Energie

Die nachhaltige Erzeugung und Nutzung von Energie ist einer der Kernfaktoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Energie muss sicher und zu möglichst günstigen Kosten verfügbar sein.

Im ersten Halbjahr 2026 stammten rund 57 Prozent des in Deutschland genutzten Stroms aus erneuerbaren Energien. Das zeigen neue Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat). Demnach wurden rund sechs Prozent mehr Strom aus Wind-, Wasser-, Sonnen- und Bioenergie gewonnen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Auch im Gebäude- und im Verkehrssektor legten die erneuerbaren Energien zu: Umweltwärme und Geothermie aus Wärmepumpen stiegen um 19 Prozent an; der Einsatz von Biokraftstoffen und Strom im Verkehrsbereich nahm um 13 Prozent zu.

Im ersten Halbjahr 2026 wurden rund 153 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt – sechs Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das teilte das Umweltbundesamt mit. Die Windenergie war mit einem Anteil von rund 45 Prozent erneut die tragende Säule der erneuerbaren Stromproduktion, gefolgt von Photovoltaik (34 Prozent), Biomasse (15 Prozent), Wasserkraft (5 Prozent) und Geothermie.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch lag im ersten Halbjahr 2026 bei rund 57 Prozent und damit höher als im Jahr zuvor.

Die Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen stieg um insgesamt drei Prozent. Im Wesentlichen war dies auf den Einsatz von Wärmepumpen und oberflächennahe Geothermie zurückzuführen. Daneben nahm auch die Wärmeerzeugung aus Solarthermie und Biomasse zu.

„Im ersten Halbjahr 2026 wurden rund 153 Terawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt“

Im Verkehrssektor wuchs der Anteil aus erneuerbaren Energien ebenfalls. Hier wurden im ersten Halbjahr 2026 rund 27 TWh aus erneuerbaren Quellen eingesetzt. Dazu zählten insbesondere Biokraftstoffe. Besonders kräftig wuchs zudem die Nutzung von erneuerbarem Strom im Straßenverkehr: Der wachsende Bestand an Elektrofahrzeugen im Zusammenspiel mit dem steigenden Anteil an grünem Strom im Strommix ließ die rechnerisch ermittelte Menge des für Verkehrszwecke eingesetzten erneuerbaren Stroms um über 20 Prozent ansteigen.

Die AGEE-Stat bilanziert im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die Nutzung der erneuerbaren Energien in Deutschland und erstellt kontinuierlich auf der Grundlage aktuell verfügbarer Daten Berichte zur Entwicklung der erneuerbaren Energien. Neben jährlich erscheinenden Publikationen veröffentlicht die AGEE-Stat auch regelmäßig Monats- und Quartalsberichte. Die Geschäftsstelle der AGEE-Stat befindet sich am Umweltbundesamt (UBA) in Dessau-Roßlau.



StadeWärmePumpenContracting

**Volle Energie
für VorausDenker**

Intelligent heizen

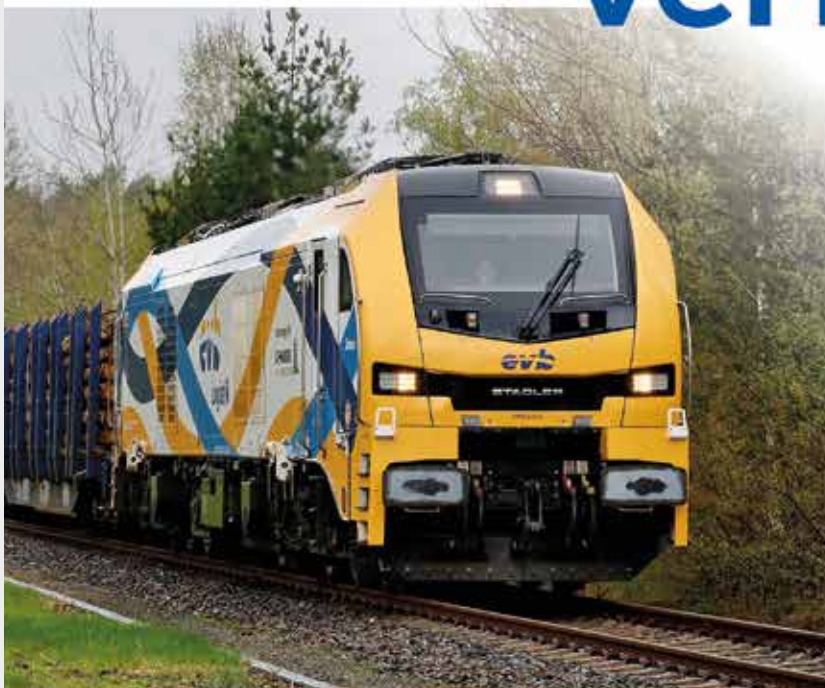
- ✓ Maßgeschneidertes Wärmepumpensystem
- ✓ Keine Investitionskosten
- ✓ Persönlicher Ansprechpartner vor Ort

www.stadtwerke-stade.de



so nah ist
ganz weit vorn

Alles, was vernetzt.



Unser Streckennetz schafft Anschluss und bringt Schienengüterverkehr in die Fläche. 235 Kilometer Schiene im Elbe-Weser-Dreieck, bereit für Menschen, Unternehmen - und die Zukunft.

Das ist die evb.



evb-Streckennetz
[www.evb-elbe-weser.de](http://www.evb-elbe-weser.de/infrastruktur)
/infrastruktur



Entwicklung der Lage und Erwartungen der Unternehmen im Elbe-Weser-Raum Saldo aus Positiv- und Negativmeldungen



Information zur Umfrage:
366 Unternehmen aus dem Elbe-Weser-Raum wurden befragt; 189 Unternehmen haben geantwortet. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 51,6 Prozent.

Leichte Stimmungsaufhellung ohne nachhaltigen Aufschwung

IHK-Konjunkturumfrage zeigt weiterhin pessimistische Erwartungen in der Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung im Elbe-Weser-Raum schwächelt auch im zweiten Quartal des Jahres. Nach den Ergebnissen der aktuellen Konjunkturumfrage der IHK Elbe-Weser hat sich die Stimmung in den Unternehmen gegenüber dem Vorquartal dennoch leicht verbessert. In einigen Bereichen sind erste Stabilisierungstendenzen zu erkennen. Von einer nachhaltigen Trendwende kann jedoch noch keine Rede sein. Die Erwartungen für die kommenden Monate sind weiterhin pessimistisch.

„Die Unternehmen bewerten ihre aktuelle Lage etwas besser als noch zu Jahresbeginn. Gleichzeitig fehlt es weiterhin an Zuversicht für die zweite Jahreshälfte“, sagt Henrik Gerken, Volkswirt der IHK Elbe-Weser. Branchenübergreifend sprechen 19 Prozent der Unternehmen von einer guten Geschäftslage (zuvor: 17 Prozent), 56 Prozent sind mit dem Verlauf zufrieden. Jedes vierte Unternehmen (zuvor: 27 Prozent) bewertet seine Lage jedoch weiterhin als schlecht.

Der Blick auf die einzelnen Branchen zeigt, dass sich die Stimmung im verarbei-

tenden Gewerbe gegenüber dem Frühjahr aufgehellt hat. Weniger Unternehmen berichten von einer schlechten Geschäftslage, Auftragseingänge und Auftragsbestände zeigen erste Stabilisierungstendenzen. Während das Baugewerbe überwiegend zufrieden ist, fällt die Bewertung bei Dienstleistern und Großhändlern durchwachsen aus. Viele Einzelhändler berichten von einer weiterhin zurückhaltenden Kaufbereitschaft ihrer Kunden.

Inlandsnachfrage schwächelt

Der Ausblick auf die kommenden Monate bleibt gedämpft. Nur sieben Prozent der Betriebe erwarten eine Verbesserung ihrer Geschäftslage. Mehr als jedes dritte Unternehmen rechnet dagegen mit einer Verschlechterung. Vor allem die schwache Inlandsnachfrage und hohe Arbeitskosten belasten die Unternehmen. „Die größte Herausforderung liegt derzeit nicht im Auslandsgeschäft, sondern im Binnenmarkt“, sagt Gerken. „Viele Betriebe berichten von einer schwachen Nachfrage im Inland, gleichzeitig stehen sie unter erheblichem Kosten- und Margendruck.“

Hinzu kommt die Sorge vor neuen geopolitischen Krisen. Der weiterhin schwellende Konflikt im Nahen Osten sorgt nach Einschätzung vieler Unternehmen für Unsicherheit. Eine erneute Eskalation könnte insbesondere bei Energie- und Rohstoffpreisen zu erheblichen Belastungen führen.

Wirtschaftspolitik bleibt größte Baustelle

Die größte Herausforderung sehen die Unternehmen unverändert in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Viele Betriebe erwarten nun, dass die angekündigten Reformen und Entlastungen zeitnah umgesetzt werden. „Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit und spürbare Verbesserungen bei Kosten, Bürokratie und Investitionsbedingungen“, betont IHK-Hauptgeschäftsführer Christoph von Speßhardt. „Nach zahlreichen Ankündigungen der Bundesregierung kommt es jetzt darauf an, dass die Maßnahmen zügig in der Praxis ankommen.“

Weitere Informationen: IHK Elbe-Weser, Henrik Gerken, Telefon: 04141 524-285, E-Mail: henrik.gerken@elbeweser.ihk.de

Jedes dritte große Industrieunternehmen verlagert Produktion ins Ausland

Energiekosten sind laut Energiewende-Barometer der IHK-Organisation Grund Nummer eins.



Hohe Energiekosten bringen viele Unternehmen zunehmend an ihre Belastungsgrenze. Das zeigt das Energiewende-Barometer 2026 der IHK-Organisation, an dem sich rund 3.100 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen beteiligt haben. „Globale Krisen treffen auf weiterhin ungelöste strukturelle Herausforderungen am Wirtschaftsstandort Deutschland. Das hält die Energiekosten hoch“, erklärt DIHK-Präsident Peter Adrian. „Die Folgen sind sinkende Wettbewerbsfähigkeit, aufgeschobene Investitionen und die Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland.“

Für knapp die Hälfte der Betriebe sind die Stromkosten innerhalb der vergangenen zwölf Monate erneut gestiegen. Bei Gas und Öl berichten sogar zwei Drittel von höheren Belastungen. Nach zwei Jah-

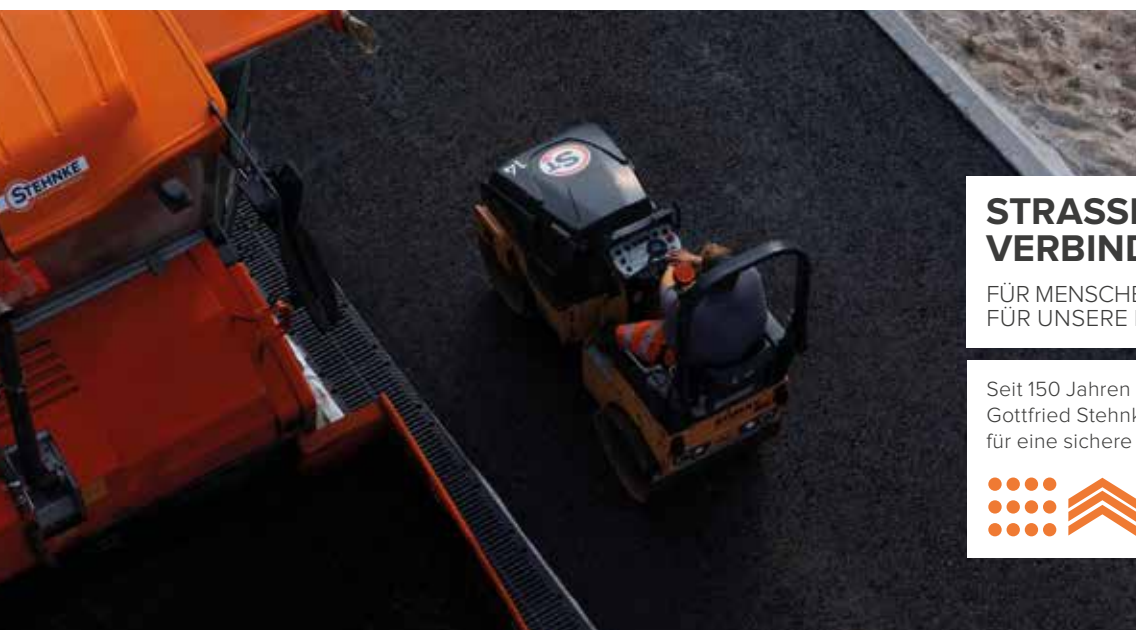
ren der Erholung seit dem Tiefstand im Jahr 2023 fällt das Energiewende-Barometer deshalb auf seiner Skala von minus 100 bis plus 100 wieder auf einen Wert von minus elf Punkten zurück. Mehr als 40 Prozent der Unternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende beziehungsweise die damit verbundenen Energiekosten beeinträchtigt. In der Industrie gilt das sogar für rund zwei Drittel der Betriebe.

Die Folge: Deutschland verliert Unternehmen und Investitionen. Rund ein Drittel der Betriebe stellt Investitionen in seine Kernprozesse zurück. Jeder vierte Befragte verzichtet vorerst auf Klimaschutzmaßnahmen, weil die finanziellen Spielräume fehlen. Investitionen in Forschung und Innovation werden von 16 Prozent der Unternehmen aufgeschoben.

„Es ist besorgniserregend, dass hohe Energiekosten inzwischen nicht nur die laufende Geschäftstätigkeit belasten, sondern auch Zukunftsinvestitionen verhindern“, sagt Adrian. „Wer heute nicht investiert, verliert morgen an Innovationskraft, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.“

Deutlich wird das schon jetzt beim Blick auf die Option, wirtschaftliche Aktivitäten in Deutschland einzuschränken beziehungsweise ins Ausland zu verlagern: Rund 20 Prozent aller Unternehmen beschäftigen sich hiermit, haben entsprechende Maßnahmen bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung. In der Industrie liegt der Anteil bei etwa 40 Prozent, bei großen Industrieunternehmen sogar bei rund 60 Prozent. Dort gibt etwa ein Drittel an, bereits Produktion zu verlagern. ■

Anzeige



STRASSEN FÜR HEUTE, VERBINDUNGEN FÜR MORGEN.

FÜR MENSCHEN. FÜR UNTERNEHMEN.
FÜR UNSERE REGION.

Seit 150 Jahren realisiert das Bauunternehmen Gottfried Stehnke Tiefbauprojekte, die eine Grundlage für eine sichere Versorgung schaffen.





Fotos (2): Michael Wallmüller

Entscheidungen treffen, loslegen!

Das große Interview mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Olaf Lies und dem Präsidenten der IHK Niedersachsen, Gerhard Oppermann, geführt von Elisabeth Ahrens, IHK Oldenburg

Was sagt ein Unternehmen heute über Niedersachsen, was es vor fünf Jahren vielleicht noch nicht gesagt hat?

Lies: Vor fünf Jahren waren die Zeiten auch schon schwierig, aber heute sind sie noch herausfordernder geworden. Ich hoffe, das Unternehmen sagt heute, dass wir nicht nur an dem festhalten, was wir haben, sondern: Wir schauen nach vorn. Wir investieren in Forschung und Entwicklung, vermarkten unser Land positiv, selbstbewusst und optimistisch – und wir machen uns nicht klein.

Oppermann: Ich unterschreibe das eins zu eins. Niedersachsen hat sich nach vorne entwickelt. Es wird lebendiger, mutiger, dynamischer.

Also alles gut?

Lies: Das wäre schön. Wir sind in einer Phase, in der wir das, was wir gut begonnen haben, mit mehr Tempo fortführen

müssen. Wir müssen jetzt zu größeren Schritten in kürzerer Zeit kommen.

Haben Sie ein konkretes Beispiel?

Lies: Dokumentationspflichten: Das, was nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, schaffen wir ab und machen nur das neu, was wir wirklich brauchen. Lieber einen Schritt, der zu groß ist und wir gehen wieder einen Schritt zurück, als in kleinen Schritten nicht voranzukommen.

Können Sie konkret benennen, was bis Ende 2026 spürbar wird?

Lies: Die Liste der Dinge ist lang, sehr lang. Es ist die Summe der Punkte, die das Problem machen und auch die Ebenen, von denen sie kommen. Angefangen vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz des Bundes bis zum Leiterbeauftragten, den die Berufsgenossenschaft vorgibt. Jeder Punkt für sich genommen ist gar nicht so dramatisch. Aber zusammen stellen sie

für Unternehmen eine enorme Belastung dar. Wir setzen daher nun nachdrücklich bei den in Landeshand liegenden Berichts- und Dokumentationspflichten an, die ab Ende des Jahres wie beschrieben sukzessive gemeinsam mit den Ressorts abgeschafft werden. Dies wird nicht nur die Wirtschaft spüren, sondern auch die kommunale Ebene.

Oppermann: Die Kultur muss sich ändern: Bin ich bereit, etwas abzuschneiden, um dann Mut zur Lücke zu haben? Eigentlich muss ich disruptiv zerstören und am Ende neu aufbauen.

Lies: Man kann Bürokratie viel schneller und vor allem leichter auf- als abbauen. Aber: Wir müssen von der Misstrauenskultur zu einer Vertrauenskultur kommen. Darin liegt ein Schlüssel für echten Abbau.

Politik und Wirtschaft stehen gar nicht weit auseinander. Wie kriegen wir das gemeinsam hin?



Oppermann: Eine Notwendigkeit bleibt immer, mitzudenken, welche Entscheidungen später zu welchen Ergebnissen in der Wirtschaft führen. Das geschieht nicht immer in ausreichendem Maße.

Lies: Wir haben zehn Jahre wirtschaftlich nur positive Entwicklungen gehabt. Das hat uns davon abgehalten zu sagen: Müssen wir nicht was ändern? Nach sechs harten Jahren hoffe ich, die Menschen haben verstanden, warum wir Wachstum brauchen. Wenn wir jetzt etwas auf den Weg bringen, muss das auch mit einem Impuls für die Wirtschaft verbunden sein. Dann müssen wir Raum geben, Freiheit geben.

Braucht es dann nicht auch mehr Verlässlichkeit und kein Hangeln von Wahlperiode zu Wahlperiode?

Lies: Es ist wichtig, dass wir zu Entscheidungen kommen, die nicht abrupt nach Wahlperioden enden. Das lähmt alles. Das

ist für die Wirtschaft fatal, für die Gesellschaft auch.

Oppermann: Es fehlt der Masterplan.

Lies: Es fehlt der große Plan – regierungsübergreifend –, an dem wir uns fest orientieren. Und den hatten wir.

Oppermann: Deutschland hatte die Vision einer Marktwirtschaft auf sozialer Basis. Entwicklung und Chancengleichheit. Das war mal unsere Stärke. Und die ist sukzessive weggebrockelt.

Lassen Sie uns nach vorne schauen. Was ist denn Ihr großer Masterplan?

Lies: Wir müssen erstens dringend für die Stabilisierung der Wirtschaft sorgen. Die Industrie droht wegzubrechen. Zweitens müssen wir die Chancen nutzen, die die Wirtschaft gerade liefert. Das ist zum Beispiel das Thema Verteidigung. Stichwort Dual Use. Genauso auch die Chancen aus der Energiewirtschaft – saubere, unabhängige, günstige Energie. Das ist

eine echte Zukunftsperspektive für neue Investitionen. Und das Dritte ist Innovation. Wir werden nie günstiger sein als die anderen. Aber wir haben Grundlagen, die wir nutzen, entwickeln und mit neuen Themen kombinieren müssen. Dann kommen wir wieder zurück zu unserem erfolgreichen Geschäftsmodell und können uns auch leisten, teurer zu sein. In der Summe legen wir mit Innovationen die Basis für eine neue Wettbewerbsfähigkeit.

Sie sprechen von wir. Können wir das?

Oppermann: Ja, klar, die Strukturen sind da. Die Industrie war jahrelang die Kernstütze der deutschen Volkswirtschaft. Um die Industrie herum hat sich alles angesiedelt. Daneben ist die Netzversorgung eine Chance, ebenso die KI. Sie müssen wir nutzen und nicht verdammen.

Lies: Aber wir haben die Regulierung der KI im Bereich der Industrie zu hart gefasst. Der Schutzgedanke ist so hoch, dass wir Innovationen ausbremsen. Da müssen wir mutiger werden. ■

Das komplette Interview findet sich unter:
www.ihk.de/elbeweser/ihkn-interview



Foto: @gettyimages/wrugg

PPWR: Gute Ziele, aber erheblicher Mehraufwand für die Unternehmen

IHK Elbe-Weser fordert praxistaugliche Umsetzung der neuen EU-Verpackungsverordnung

Die Industrie- und Handelskammer Elbe-Weser sieht die neue EU-Verpackungsverordnung (PPWR) mit großer Sorge. Zwar unterstützt die regionale Wirtschaft die Ziele, Verpackungsabfälle zu reduzieren, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und europaweit einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Es zeigt sich aber schon jetzt, dass die Verordnung zu einem Bürokratieaufwand führt, der nicht nur kleine und mittlere Unternehmen übermäßig belastet.

Anders als der Verordnungstitel vermuten lässt, sind von der Neuregelung nicht nur originäre Verpackungshersteller betroffen, sondern jedes Unternehmen, dass Verpackungen oder verpackte Produkte vertreibt. Entlang der Lieferkette definiert die PPWR verschiedene Rollen mit unterschiedlichen Pflichten. „Die zahlreichen Beratungsanfragen auch bei der IHK Elbe-Weser zeigen, dass allein die Bestimmung der eigenen Rolle hochkomplex ist“, sagt Sebastian Vossman, Präsident der

IHK Elbe-Weser. „Dass sich nun auch noch die Auslegungen der EU-Kommission und der Zentralen Stelle Verpackungsregister teilweise widersprechen, sorgt für zusätzliche Verwirrung in der Wirtschaft“, zeigt sich Vossman verärgert.

Dazu kommt der hohe bürokratische Aufwand. Unternehmen müssen zahlreiche Daten erfassen, Lieferketteninformationen zusammentragen und Nachweise vorhalten. Dies bindet Zeit und finanzielle Mittel, die an anderer Stelle für Innovationen, Investitionen und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit benötigt werden.

Die IHK Elbe-Weser fordert deshalb eine praxisnahe Ausgestaltung der PPWR sowie umgehende Klarstellungen zur rechtskonformen Auslegung durch die zuständigen Behörden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen spürbar entlastet werden. Dazu gehören auch die Einführung von Bagatellschwellen für Registrierungspflichten und der Verzicht auf die verpflichtende Bestellung von Bevollmächtigten.

Die zusätzlichen Anforderungen führen schon jetzt dazu, dass kleine Online-Händler nicht mehr ins Ausland liefern. „Damit wird der Gedanke eines gemeinsamen Binnenmarktes ad absurdum geführt“, kritisiert auch Christoph von Speßhardt, Hauptgeschäftsführer der IHK Elbe-Weser. „Die Wirtschaft steht hinter den Umwelt- und Nachhaltigkeitszielen der Europäischen Union. Was unsere Unternehmen jedoch zunehmend belastet, ist die wachsende Komplexität regulatorischer Vorgaben. Wer von Bürokratieabbau spricht, darf nicht gleichzeitig neue Regelwerke schaffen, die umfangreiche Dokumentationspflichten und Rechtsunsicherheiten verursachen.“ Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten sei es jedoch wichtig, Umweltziele mit praktikablen und wirtschaftlich tragfähigen Regelungen zu verbinden. ■

Weitere Information zur PPWR und den Beratungsangeboten der IHK Elbe-Weser rund um die neue EU-Verordnung finden Unternehmen unter www.ihk.de/elbeweser/ppwr



Sprechen
Sie uns an.

Wir begrüßen Fortschritt. Persönlich mit Handschlag.

Wir stärken Unternehmen aus der Region mit unserer Expertise und innovativen Finanzierungslösungen – als verlässlicher Partner an Ihrer Seite begleiten wir Sie langfristig und sind immer persönlich für Sie vor Ort. Denn wir sind eine Gemeinschaft. Und eine Bank.

Mehr Infos unter [vr.de/firmenkunden](https://www.vr.de/firmenkunden)

Wir machen den Weg frei.

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**





Foto: @gettyimages/Nuttawan Jayawan

Digitale Bonpflicht ersetzt keine Entbürokratisierung

IHK Elbe-Weser: Koalitionsversprechen sollten eingehalten werden

Die vom Bundesfinanzministerium angekündigte Einführung eines digitalen Kassensbons ab 2028 ist aus Sicht der IHK Elbe-Weser keine Erfüllung des angekündigten Bürokratieabbaus. Zwar soll laut Bundesregierung der Papierbeleg künftig in vielen Fällen durch einen QR-Code ersetzt werden, an der grundsätzlichen Pflicht zur Belegerstellung ändert sich jedoch nichts.

„Im Koalitionsvertrag hatten CDU, CSU und SPD angekündigt: ‚Wir schaffen die Bonpflicht ab.‘ Eine Umstellung vom Papierbon auf einen digitalen Beleg ist jedoch keine Abschaffung der Verpflichtung, sondern lediglich eine veränderte Form der Belegausgabe“, kritisiert IHK-Hauptgeschäftsführer Christoph von Speßhardt.

Die IHK erinnert daran, dass die Bonpflicht seit ihrer Einführung von der Wirtschaft kritisch bewertet wird. Gerade kleine und mittelständische Handelsunternehmen tragen den zusätzlichen organisatorischen Aufwand, ohne dass für redlich handelnde Betriebe ein erkennbarer Mehrwert entsteht. Besonders betrof-

fen sind aus Sicht der IHK Unternehmen mit vielen Einzelverkäufen und niedrigen Warenwerten. Dazu zählen insbesondere kleinere Lebensmittelhändler, Wochenmarktbesucher, Hofläden und andere inhabergeführte Fachbetriebe, bei denen jeder zusätzliche Prozess im Tagesgeschäft spürbare Auswirkungen hat.

„Gerade für unsere kleineren Handelsunternehmen bedeutet die Bonpflicht oder die Umstellung auf neue Kassensysteme mit QR-Codes einen zusätzlichen Aufwand, der sich im Arbeitsalltag summiert. Dort, wo täglich viele kleine Transaktionen stattfinden, geht es nicht nur um Papierverbrauch, sondern um Zeit, technische Anforderungen und zusätzliche Kosten“, erklärt IHK-Handelsexpertin Kathrin Wiellowicz. Besonders kritisch bewertet die IHK auch das Signal, das von der aktuellen Entwicklung ausgeht. Viele Unternehmen hätten die Ankündigungen der Bundesregierung als klares Bekenntnis zu weniger Bürokratie verstanden. Blieben solche Zusagen am Ende unerfüllt, belas-

te das das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft zusätzlich.

„Das Vertrauen vieler Unternehmen in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen ist derzeit ohnehin nicht auf dem höchsten Niveau. Wenn angekündigte Entlastungen am Ende nicht kommen, stärkt das dieses Vertrauen sicher nicht. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht es politische Glaubwürdigkeit und Zusagen, auf die sich die Wirtschaft verlassen kann“, so von Speßhardt.

Die IHK Elbe-Weser appelliert deshalb an die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag primär angekündigte Maßnahme zur Abschaffung der Bonpflicht als sichtbares Zeichen für Bürokratieabbau konsequent umzusetzen. Digitalisierung könne laut IHK ein sinnvoller Baustein sein, sie darf jedoch nicht als Ersatz für echte Entlastungen dienen. ■

Weitere Informationen: IHK Elbe-Weser, Kathrin Wiellowicz, Telefon: 04141 524-142, E-Mail: kathrin.wiellowicz@elbeweser.ihk.de

Infrastruktur-Milliarden kommen nur schrittweise an

Wirtschaft sieht Nachsteuerungsbedarf

Das Bundesfinanzministerium hat im Juni 2026 erstmals einen Monitoringbericht zum Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität vorgelegt. Die Zwischenbilanz zeigt: Viele Maßnahmen sind angestoßen, ihre wirtschaftliche Wirkung entfaltet sich bislang jedoch nur schrittweise. Für die Vorhaben im Jahr 2025 lag die durchschnittliche Zielerreichung bei 54 Prozent. Rund zwei Drittel der Projekte befinden sich noch in der Planungsphase.

Auch beim Mittelabfluss zeigt sich das schleppende Tempo: Von den für 2025 vorgesehenen 37,2 Milliarden Euro wurden 24 Milliarden Euro tatsächlich ausgegeben. Anfang 2026 waren zudem rund erst 9,6 Milliarden Euro in den Ländern gebunden, vor allem für Projekte auf kommunaler Ebene. Gründe für die schleppende Umsetzung sind unter anderem Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie begrenzte Kapazitäten.

Dabei macht eine aktuelle Bewertung des Investitions- und Innovationsbeirats beim Bundesfinanzministerium deutli-

chen Handlungsbedarf sichtbar. Das unabhängige Expertengremium berät die Bundesregierung bei der Umsetzung und beim Monitoring des Sondervermögens. Nach seiner Einschätzung werden zentrale Zielsetzungen bislang nicht erreicht, insbesondere bleibt die angestrebte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen in Infrastruktur und Zukunftsfelder hinter den Erwartungen zurück.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer wertet diese Einschätzung des Beirats als deutlichen Hinweis auf Anpassungsbedarf bei den Investitionsbereichen und -zielen, damit sich durch das Sondervermögen die Standortbedingungen für

Unternehmen nachhaltig verbessern. Die bereitstehenden Investitionsmittel eröffnen grundsätzlich Chancen, ihre Wirkung entfaltet sich jedoch vielfach erst mit zeitlicher Verzögerung. Der Monitoringbericht zum Sondervermögen steht auf der Website des Ministeriums:



Foto: @gettyimages/DesignRage



Anzeige

Weihnachten? Jetzt schon?!

Sicher dir deinen Termin für die Weihnachtsfeier!

**Jetzt
anfragen!**

AI GENERATED

Kooperationsvereinbarung zur beschleunigten Fachkräfteeinwanderung unterzeichnet

Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen, Zentralstelle für das beschleunigte Fachkräfteverfahren und Bundesagentur für Arbeit vereinbaren Zusammenarbeit für schnellere Verfahren 38/2026

Die Verfahren zur Fachkräfteeinwanderung beschleunigen und Unternehmen bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte noch besser unterstützen: Dieses Ziel verfolgen die Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen, die Zentralstelle für das beschleunigte Fachkräfteverfahren bei der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen sowie die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit mit einer jetzt unterzeichneten Kooperationsvereinbarung.

Hintergrund der Vereinbarung ist die Neuorganisation des beschleunigten Fachkräfteverfahrens in Niedersachsen. Nachdem die Verfahren zuvor von den kommunalen Ausländerbehörden bearbeitet wurden, richtete das Land zum 1. Juli 2025 bei der Landesaufnahmebehörde Nieder-

sachsen in Osnabrück die Zentralstelle für das beschleunigte Fachkräfteverfahren ein. Seit dem 1. Januar 2026 bearbeitet sie die Verfahren landesweit zentral. Damit wurden die Zuständigkeiten gebündelt und die Grundlage für einheitlichere und effizientere Verfahren geschaffen.

Die nun unterzeichnete Kooperationsvereinbarung baut auf dieser Reform auf und regelt die Zusammenarbeit zwischen den drei Partnern verbindlich. Ziel ist es, Unternehmen bereits vor Beginn des eigentlichen Verfahrens umfassend zu informieren und zu begleiten sowie die Qualität der Anträge frühzeitig zu verbessern.

Künftig unterstützen die sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern ihre Mitgliedsunternehmen noch intensiver bei der Vorbereitung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens. Sie informieren über die Voraussetzungen des Verfahrens, beraten Unternehmen individuell und prüfen die Unterlagen auf Vollständigkeit, bevor diese an die Zentralstelle weitergeleitet werden. Dadurch sollen Anträge möglichst vollständig eingereicht, Rückfragen reduziert und Verfahren ohne Erfolgsaussicht vermieden werden. Nach Eingang der Unterlagen übernimmt die Zentralstelle für das beschleunigte Fachkräfteverfahren die lan-

Maike Bielfeldt, Geschäftsführerin der IHK Niedersachsen, Gerhard Oppermann, Präsident der IHK Niedersachsen, Klaus Dierker, Präsident der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen und Johannes Pfeiffer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit freuen sich über die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages.



desweite Koordination und Bearbeitung der Verfahren. Die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit bringt ihre arbeitsmarktbezogene Expertise in den Prozess ein und unterstützt insbesondere bei Fragestellungen rund um die Beschäftigung internationaler Fachkräfte.

„Der Fachkräftemangel ist für viele Unternehmen eine der größten Herausforderungen. Gleichzeitig wird der Bedarf an qualifizierten Beschäftigten durch den demografischen Wandel weiter steigen. Deshalb braucht Niedersachsen neben der Ausbildung und Aktivierung inländischer Potenziale auch eine funktionierende internationale Fachkräfteeinwanderung. Mit der heutigen Kooperationsvereinbarung schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass das beschleunigte Fachkräfteverfahren für Unternehmen einfacher und verlässlicher funktioniert“, erklärt Gerhard Oppermann, Präsident der IHK Niedersachsen.

Klaus Dierker, Präsident der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, ergänzt: „Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass vollständige Antragsunterlagen entscheidend für eine zügige Bearbeitung sind. Jede Rückfrage kostet Zeit. Wenn die Unternehmen bereits im Vorfeld gut beraten werden und die Unterlagen vollständig bei uns eingehen, können wir die Verfahren deutlich effizienter bearbeiten.“

Johannes Pfeiffer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, erklärt: „Wir stehen in einem harten internationalen Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und wir stehen klar zur Erwerbsmigration. Wir Kooperationspartner wollen das beschleunigte Verfahren zur Fachkräfteeinwanderung zu einem starken Instrument machen. Jetzt ist es an den Unternehmen, das Verfahren zu nutzen. Die enge Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern und der Zentralstelle hilft dabei, Verfahren effizient zu gestalten und Unternehmen bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte bestmöglich zu unterstützen.“ Die Kooperationspartner wollen die Zusammenarbeit im beschleunigten Fachkräfteverfahren kontinuierlich weiterentwickeln. Gemeinsames Ziel ist es, Unternehmen verlässliche Ansprechpartner, klare Zuständigkeiten und effiziente Verfahren zu bieten, damit internationale Fachkräfte schneller für den niedersächsischen Arbeitsmarkt gewonnen werden können. ●



Regierung will Berichtspflichten reduzieren

DIHK begrüßt Vorstoß und fordert schnelle Umsetzung

Mit ihrem zweiten Entlastungskabinett hat die Bundesregierung Anfang Juli weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau beschlossen. Vorgesehen sind unter anderem schnellere Genehmigungsverfahren, digitalisierte Verwaltungsabläufe und eine neue Beweislastumkehr bei Berichts- und Dokumentationspflichten: Künftig soll die Verwaltung begründen müssen, warum bestimmte Nachweis- und Berichtspflichten für Unternehmen erforderlich sind.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sieht in den Plänen, die allerdings noch konkretisiert werden müssen, ein wichtiges Signal für Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung. „Das Entlastungskabinett kann der Startschuss für die lange erhoffte Bürokratiewende sein, wenn den Ankündigungen jetzt Taten folgen“, erklärte DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov.

Laut DIHK zählen bürokratische Belastungen inzwischen zu den größten Herausforderungen für die Wirtschaft. Das von der Bundesregierung angekündigte Berichtsentlastungsgesetz könnte einen Beitrag leisten, diese abzubauen: Unter anderem sollen sämtliche Ressorts nicht rechtlich zwingende Dokumentationspflichten überprüfen und in einem ersten Schritt binnen eines Jahres mindestens jede vierte davon abschaffen. Auch soll für neue Regelungen künftig eine „Berichtspflichten-Bremse“ gelten. ●



Foto: @gettyimages/huettenhuescher

Reservisten-Einsatz künftig verpflichtend

DIHK fordert, Freiwilligkeit beizubehalten

Die Bundesregierung hat am 1. Juli 2026 einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Reserve beschlossen. Rainer Kambeck, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), betont: „Die gewerbliche Wirtschaft unterstützt das Ziel der Bundesregierung, die Reserve zu stärken.“ Gleichzeitig verweist er auf wachsende Engpässe für Unternehmen: „Bundeswehr und Wirtschaft greifen zunehmend auf dieselben Arbeits- und Fachkräftepotenziale zurück.“

Kern des Reservestärkungsgesetzes ist, dass Reservisten künftig auch verpflichtend zur Übung herangezogen werden können. Damit würde das bisherige Prinzip der „doppelten Freiwilligkeit“ entfallen, bei dem neben dem Reservisten auch Arbeitgeber zustimmen mussten. Immerhin sollen Arbeitgeber vor dem

Reservendienst ihrer Mitarbeitenden angehört werden. Gleichzeitig legt der Entwurf feste Zeitrahmen fest: Je nach Dauer des Dienstes in der Bundeswehr sind jährlich mehrere Wochen verpflichtender Reservendienst vorgesehen. In der gesamten Zeitspanne des Berufslebens summieren sich diese Reservedienstleistungen im Durchschnitt auf bis zu zwölf Monate.

Für Unternehmen erhöht sich durch das Gesetz der Aufwand in der Personalplanung, weil die Suche nach geeigneten Ersatzkräften immer schwieriger wird. Deshalb bewertet die DIHK die geplante Verpflichtung zum Reservedienst kritisch. „Die mit dem Gesetz vorgesehene Pflicht zum Reservedienst ist nicht der richtige Ansatz, weil die Bereitschaft von Unternehmen und Reservedienstleistenden zur Unterstützung des geplanten Aufwuchses der Armee deutlich größer sein wird,

wenn auf Freiwilligkeit gesetzt würde“, so Kambeck.

Es fehlt bei weiteren Details an Praxiserfahrungen. Zwar wurde die Frist für die Ankündigung von Einsätzen von vier auf acht Wochen verlängert, aber das ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen nicht ausreichend. „Die Bundeswehr sollte Heranziehungen mindestens drei Monate vor der Reservedienstleistung ankündigen“, meint Rainer Kambeck. Auch bei der Kostenerstattung für Ersatzkräfte fordert die DIHK Nachbesserungen und mehr Praxisnähe.

Neben technischen Lösungen geht es dabei auch um betriebliche Aspekte wie die Organisation von Zahlungsprozessen, Kostenstrukturen im Vergleich zur Bargeldabwicklung sowie Anforderungen an Sicherheit und Datenschutz. Das Gesetz wird nun im Bundestag beraten. ■

Adrian: Mit mutigen Reformen zum weltoffenen, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort

Entschlossenes Handeln statt weiterer Analysen gefordert

Angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen der Wirtschaftsstandort Deutschland steht, drängt Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), auf eine Fortsetzung des eingeschlagenen Reformkurses. „Die vor dem Sommer von der Bundesregierung angekündigten Reformen etwa bei den Arbeitskosten und beim Bürokratieabbau müssen jetzt mutig und konsequent umgesetzt werden“, sagte Adrian Anfang September auf Medienanfrage. „Wir brauchen jetzt keine neue Analyse, sondern bis Jahresende eine wirksame Umsetzung der Entscheidungen, die unsere Wirtschaft

wettbewerbsfähiger und zukunftsfester machen.“ Symbolpolitik würde die Krise nur noch weiter verschärfen, warnte er.

„In den nächsten zehn Jahren werden bundesweit rund 14 Millionen Menschen altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, aber nur etwas mehr als neun Millionen junge Menschen nachrücken können“, erinnert der DIHK-Präsident. „Diese Lücke lässt sich nicht durch Abschottung schließen, sondern nur durch qualifizierte Zuwanderung und bessere Erwerbsbeteiligung.“ Zudem müsse der EU-Binnenmarkt weiter ausgebaut werden. „Er ist ein Stabilitätsanker unserer

Wirtschaft.“ Auf die Länder der Eurozone entfielen fast 40 Prozent der deutschen Exporte, rechnete er vor, mehr als sieben Millionen deutsche Jobs gebe es allein wegen des Binnenmarktes. Adrian: „Als DIHK setzen wir uns deshalb für einen international attraktiven Wirtschaftsstandort ein, der den mehr als drei Millionen IHK-Mitgliedsunternehmen sowie ausländischen Investoren gute Bedingungen für Investitionen, Innovationen und Wachstum bietet. Ein weltoffener, wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Deutschland ist die beste Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen.“ ■



Foto: @gettyimages/Romolo Tavano

Steuerreform 2027: Wirtschaft warnt vor Belastungen für Personenunternehmen

Investitionen und Innovationen werden ausgebremst

Die Bundesregierung hat den Entwurf des Einkommenssteuerreformgesetzes 2027 beschlossen. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) bewertet die darin vorgesehenen Entlastungen für Familien sowie kleine und mittlere Einkommen als richtig; kritisch sieht sie dagegen die geplante Anhebung der sogenannten Reichensteuer, von der insbesondere Personengesellschaften betroffen wären. „Das trifft in Deutschland vor allem den Mittelstand“, sagt DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov.

„Für sehr viele Personenunternehmen ist die Einkommenssteuer die entscheidende Unternehmenssteuer.“ Die Anhebung der so genannten Reichensteuer belastet damit ausgerechnet jene Betriebe, die in Deutschland investieren, ausbilden und Arbeitsplätze schaffen, warnt sie. Ihnen fehlten künftig die Mittel für Innovatio-

nen, Investitionen und neue Beschäftigung. Bereits im Gesetzgebungsverfahren hatte die DIHK gemeinsam mit weiteren Wirtschaftsverbänden eine grundlegende Tarifreform gefordert.

Statt zusätzlicher Belastungen brauche die Wirtschaft mehr Freiraum für Wachstum und Investitionen. ■



Foto: @gettyimages/kemalbas



PRÜFUNGEN 2026/2027

Kaufmännische Prüfungen

Zwischenprüfung/Abschlussprüfung Teil 1 Frühjahr 2027

24.2.2027

Anmeldeschluss: 1.12.2026

Abschlussprüfung Sommer 2027

27. + 28.04.2027

Anmeldeschluss: 1.2.2027

Info: IHK Elbe-Weser, Ellen Schröter,

Telefon: 04141 524 -296,

E-Mail: ellen.schroeter@elbeweser.ihk.de

Gewerbliche Prüfungen

Zwischenprüfung/Abschlussprüfung Teil 1 Frühjahr 2027

Metallberufe: 16.3.2027

Elektroberufe: 17.3.2027

Mechatroniker: 17.3.2027

Technischer Produktdesigner: 16.7.2027

Technischer Systemplaner: 17.3.2027

Bauzeichner: 17.3.2027

Anmeldeschluss: 1.11.2026

Abschlussprüfung/Abschlussprüfung Teil 2 Winter 2027

Metallberufe: 12.5.2027

Elektroberufe: 11.5.2027

Mechatroniker: 11.5.2027

Technischer Produktdesigner: 11.5.2027

Technischer Systemplaner: 11.5.2027

Bauzeichner: 11.5.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Info: IHK Elbe-Weser, Greta von der Lieth,

Telefon: 04141 524 -160,

E-Mail: greta.vonderlieth@elbeweser.ihk.de

Fortbildungsprüfungen

Industriemeister Elektrotechnik

Basisqualifikationen: 29. + 30.4.2027

handlungsspez. Qualif.: 25. + 26.5.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Industriemeister Metall

Basisqualifikationen: 29. + 30.4.2027

handlungsspez. Qualif.: 20. + 21.5.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Industriemeister Kunststoff und Kautschuk

Basisqualifikationen: 29. + 30.4.2027

handlungsspez. Qualif.: 2. + 3.6.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Handelsfachwirte

schriftl. Prüfungen: 1. + 2.4.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Industriemeister Chemie

Basisqualifikation: 11. + 12.3.2027

handlungsspez. Qualif.: 18. + 19.3.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Fachwirte im Gesundheits- und Sozialwesen

schriftl. Prüfungen: 23. + 24.3.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Personalfachkaufleute

schriftl. Prüfungen: 14. + 15.4.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Info: IHK Elbe-Weser, Katharina Crombach,

Telefon: 04141 524 -164,

E-Mail: katharina.crombach@elbeweser.ihk.de

Bilanzbuchhalter

Schriftliche Prüfungen: 22. + 25. + 30.3.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Wirtschaftsfachwirte Frühjahr

Wirtschaftsbezog. Qualif.: 17.3.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Handlungsspez. Qualif.: 20.4. + 21.4.2027

Anmeldeschluss: 1.1.2027

Wirtschaftsfachwirte Herbst

Wirtschaftsbezog. Qualif.: 13.10.2027

Anmeldeschluss: 1.6.2027

Handlungsspez. Qualif.: 24.11 + 25.11.2027

Anmeldeschluss: 1.6.2027

AEVO-Prüfung Elbe-Weser

schriftl. Prüfung: 4.11.2026

prakt. Prüfung: KW 46 und 47

Info: IHK Elbe-Weser, Sina Cordes,

Telefon: 04141 524 -171,

E-Mail: sina.cordes@elbeweser.ihk.de

SEMINARE

Mitarbeitergespräche souverän führen
27.10.2026, [Stade](#)

**Das aktuelle Reisekosten- und
Bewirtschaftungsrecht (Grundlagenseminar)**
28.10.2026, [Stade](#)

**IHK-Zertifikatslehrgang: Fachkraft
Lohn und Gehalt**
28.10.2026 bis 4.12.2026, [Stade](#)

**Meister und Teamleitungen:
Schritte in die Führungsverantwortung**
29.10.2026 bis 30.10.2026, [Stade](#)

**Beauftragter für Lean Management
(IHK-Zertifikatslehrgang)**
Lean Thinking als Basis für Erfolg
2.11.2026 bis 6.11.2026, [Webinar](#)

**KI-Anwendungen erfolgreich
im Unternehmen einsetzen**
2.11.2026 bis 9.11.2026, [Webinar](#)

**Fachwirte für Büro- und Projekt-
organisation, IHK-Praxisstudium**
2.11.2026 bis 4.2.2028, [Webinar](#)

**KI-Tool-Experte (IHK-Zertifikatslehrgang),
KI im Arbeitsalltag nutzen**
5.11.2026 bis 18.2.2027, [Webinar](#)

**Persönliche Arbeitstechniken
(IHK-Führungstraining, Baustein 3)**
6.11.2026 bis 7.11.2026, [Stade](#)

Handelsfachwirte; IHK-Praxisstudium
8.11.2026 bis 25.8.2028, [Webinar](#)

Servicequalität in sechs Schritten
11.11.2026, [Stade](#)

**Sicherer und kompetenter Einsatz
von KI im Unternehmen**
12.11.2026, [Webinar](#)

**Praxisworkshop für Ausbildungsbeauftragte:
Schwierige Gespräche mit Azubis**
13.11.2026, [Stade](#)

**Beeindruckende Präsentationen mit
beautiful.ai – der KI für modernes Design**
19.11.2026, [Webinar](#)

**Aktuelles zum Jahreswechsel in Lohnsteuer,
Sozialversicherung und Arbeitsrecht**
25.11.2026, [Stade](#)

**Industriemeister Fachrichtung Metall,
IHK-Praxisstudium**
26.11.2026 bis 20.10.2028, [Webinar](#)

**Herausforderung Mitarbeiterführung, oder:
Wie bekommt man Low Performer,
Verhinderer und Nörgler in den Griff?**
27.11.2026 bis 28.11.2026, [Stade](#)

**Grundlagen des Mietrechts
für Wohnen und Gewerbe**
30.11.2026, [Verden](#)

**Industriemeister Fachrichtung
Elektrotechnik, IHK-Praxisstudium**
1.12.2026 bis 19.10.2028, [Webinar](#)

Personalfachkaufleute, IHK-Praxisstudium
1.12.2026 bis 17.3.2028, [Webinar](#)

**Bilanzbuchhalter - Bachelor Professional
in Bilanzbuchhaltung, IHK-Praxisstudium**
5.12.2026 bis 8.4.2028, [Stade](#)
mit Online-Anteilen

**Rhetorik und Präsentationstechniken
(IHK-Führungstraining, Baustein 4)**
11.12.2026 bis 12.12.2026, [Stade](#)

Weitere Informationen:
[IHK Elbe-Weser ServiceCenter](#),
Telefon: 04141 524-0,
E-Mail: bildung@elbeweser.ihk.de,
www.ihk.de/elbeweser/kurse

Meisterhaft in Zahlen

Berufsbegleitend zum Geprüften Bilanzbuchhalter –
Bachelor Professional in Bilanzbuchhaltung

Wer im Finanz- und Rechnungswesen mehr Verantwortung übernehmen möchte, braucht heute mehr als Sicherheit im Umgang mit Zahlen. Gefragt sind Fachkräfte, die finanzwirtschaftliche Zusammenhänge analysieren, bewerten und fundierte Entscheidungen unterstützen können.

Am 5. Dezember 2026 startet die IHK Elbe-Weser darum den nächsten berufsbegleitenden Praxisstudiengang zum Geprüften Bilanzbuchhalter – Bachelor Professional in Bilanzbuchhaltung. Die Teilnehmenden erwerben praxisnahes Fachwissen unter anderem in den Bereichen Finanzbuchhaltung, Jahresabschlüs-

se, Steuerrecht, Controlling und betriebswirtschaftliche Steuerung. Der bundesweit anerkannte IHK-Abschluss eröffnet vielfältige Perspektiven für anspruchsvolle Fach- und Führungsaufgaben im Finanz- und Rechnungswesen. Der Unterricht findet dienstagsabends und samstags statt und wird durch Online-Anteile ergänzt – ideal für die berufsbegleitende Weiterbildung. Das Studienentgelt beträgt 4.720 Euro und kann über das Aufstiegs-BAFöG gefördert werden. ■

Weitere Informationen samt Förderungs-
möglichkeiten, Unterrichtsablauf und Prüfung:
www.ihk.de/elbeweser/bilanzbuchhalter

Mit dem Aufstiegs-BAFöG
bis zu 75 Prozent sparen

Das AFBG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) fördert die berufliche Aufstiegsfortbildung. Die maximale Förderung liegt bei 75 Prozent der Maßnahmekosten (Lehrgangsentgelt und Prüfungsgebühren). Die Höhe des Zuschusses beträgt 50 Prozent der Maßnahmekosten. Die fehlenden 50 Prozent können über ein zinsgünstiges Darlehen finanziert werden, das aber nicht zwingend in Anspruch genommen werden muss; eine Beschränkung auf die Beantragung des nicht rückzahlbaren Zuschusses ist problemlos möglich. Sofern das Darlehen genutzt wird, gibt es diverse Möglichkeiten, die Rückzahlungssumme zu verringern. Zum Beispiel ermöglicht der erfolgreiche Abschluss einen Erfolgsbonus in Höhe von 50 Prozent auf das Restdarlehen.

APARTMENTS AUF ZEIT



Serviced Apartments

VILLA SALVE

Stade · Parkstraße 1
www.villasalve.com

CYBER-LOTSE

TOPZERT
DATENSCHUTZ
UNTERNEHMENS SICHERHEIT

Cyber-Lotse
Sicherheit mit System

TopZert GmbH
Stader Landstr. 27a
21762 Otterndorf

www.topzert.eu
hallo@topzert.eu
+49 4751 9995469

BERATUNG

dipl. Bankbetriebswirt
Matthias Albers
Wirtschaftsberatung MA

Anlageberatung
Finanzierungen
Absicherung
Vorsorge
BVS

Eichenweg 8 • Bargstedt
Tel.: 04164 875 8007

DARSTELLUNG

vitamin B²

Logo + Design
04141 670709 | www.vitamin-b2.de

BERUFSBEKLEIDUNG

**WESER ELBE
WERBUNG**

Stickerei & Foliendruck
Wienbrücke 6
27711 Osterholz-Scharmbeck
info@weser-elbe-werbung.de

Berufsbekleidung
Textilveredelung durch
Stickerei, DTF, Folie
Tassendruck, Stempel
Printmedien, Aufkleber

mehr unter:
WESER-ELBE-WERBUNG.DE

DATENSCHUTZ

DATENSCHUTZ

Kennen Sie
Ihre Pflichten?

xmsplus
manage your systems

Digitalisierung
Datenschutz
IT-Sicherheit

Alter Marktplatz 8
04142 / 8 116 94-0

21720 Steinkirchen
<https://xmsplus.de>

Rechtsprechung Aktuell



Foto: @gettyimages/hometowncd

Elternzeit schützt umfassend vor Kündigung

Wer Elternzeit in mehreren Abschnitten nimmt, ist vor jeder einzelnen Phase besonders vor einer Kündigung geschützt. Das gilt auch, wenn alle Zeiträume gemeinsam in einem einzigen Schreiben beantragt werden.

Im entschiedenen Fall hatte ein Arbeitnehmer direkt nach Beginn seines Arbeitsverhältnisses Elternzeit für vier verschiedene Zeiträume von 2024 bis 2027 beantragt. Für einen dieser Zeiträume wollte er außerdem in Teilzeit arbeiten. Der Arbeitgeber stimmte zunächst zu, kündigte ihm aber wenig später, noch bevor die nächste Elternzeit beginnen sollte.

Das Bundesarbeitsgericht bestätigte: Die Kündigung ist unwirksam. Sobald Elternzeit wirksam beantragt wurde, besteht bereits vor ihrem Beginn ein besonderer Kündigungsschutz. Dieser beginnt grundsätzlich – bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes – mit dem Verlangen, frühestens jedoch acht Wochen vor Beginn der Elternzeit (so genannte Vorwirkung). Eine Ausnahme von diesem Kündigungsschutz zum Beispiel während der sechsmonatigen Wartezeit des Paragraphen 1 Absatz 1 Kündigungsschutzgesetz, kennt das Gesetz nicht. Während der Elternzeit darf ohnehin grundsätzlich nicht gekündigt werden.

Dieser Schutz gilt für jeden einzelnen beantragten Abschnitt. Andernfalls könnte ein Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis kurz vor einer geplanten Elternzeit beenden und den Schutz während der Elternzeit umgehen. Eine besondere behördliche Erlaubnis für die Kündigung hatte der Arbeitgeber nicht eingeholt. ■

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 18. Juni 2026 – 2 AZR 213/25

Vorinstanz: Landesarbeitsgericht Hamm, Urteil vom 5. November 2025 – 11 SLa 394/25

Bei Interesse an einer PROFI-Platzierung sprechen Sie mich gerne an.



Pirkko Peitz

pb marketing
im Auftrag der
Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG
Pirkko Peitz | Tel. 04721 39 87 593
pb-marketing@t-online.de

Kängurugehege offen: Wer war's?

Eine fristlose Kündigung ist nur bei einem wirklich schweren Vorfall möglich, bei dem dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, das Arbeitsverhältnis bis zum Ende der normalen Kündigungsfrist fortzusetzen.

Im Stralsunder Tierpark war ein Kängurugehege offenbar nicht richtig verschlossen worden. Der Arbeitgeber war überzeugt, dass eine bestimmte Tierpflegerin dafür verantwortlich war, und kündigte ihr fristlos. Das Gericht hielt dies jedoch nicht für ausreichend belegt: Auch andere Beschäftigte konnten Zugang zum Gehege gehabt haben. Deshalb ließ sich nicht sicher feststellen, dass die Tierpflegerin den Fehler begangen hatte.

Auch eine Kündigung allein wegen eines Verdachts war hier nicht möglich. Dafür hätte der Verdacht sehr stark sein müssen. Außerdem muss der Arbeitgeber den Sachverhalt sorgfältig untersuchen und der betroffenen Person vor der Kündigung Gelegenheit geben, ihre Sicht zu erklären.

Die Tierpflegerin war vorher nicht zu dem Vorwurf angehört worden. Das Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern bestätigte daher die Entscheidung der ersten Instanz: Die fristlose Kündigung war unwirksam. Eine Revision wurde nicht zugelassen. ■

Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 21. Oktober 2025, 2 SLa 45/25

E-Mail-Adresse im Impressum muss erreichbar sein

Mit Versäumnisurteil vom 11. August 2026 hat das Kammergericht Berlin entschieden, dass Unternehmen im Impressum keine E-Mail-Adresse angeben dürfen, über die eine tatsächliche Kommunikation nicht möglich ist. Im konkreten Fall ist eine große Online-Händlerplattform betroffen.

Ausgangspunkt des Verfahrens war eine Nachricht des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) an die im Impressum der Plattform genannte E-Mail-Adresse gewesen. Auf diese E-Mail hat der Verband jedoch keine individuelle Antwort erhalten. Stattdessen ist automatisiert mitgeteilt worden, die angeschriebene Adresse akzeptiert keine eingehenden Nachrichten. Verbraucher werden stattdessen auf andere Kontaktwege verwiesen. Der vzbv hat hierin einen Verstoß gegen die gesetzlichen Informationspflichten gesehen und Klage erhoben. Die Betreiberin der Plattform hat außergerichtlich vorgetragen, die Nichterreichbarkeit des Postfachs habe auf einem technischen Fehler beruht, der inzwischen behoben worden sei. Eine strafbewehrte Unterlassungserklärung hat das Unternehmen jedoch nicht abgegeben.

Das Kammergericht hat der Klage stattgegeben. Nach Auffassung des Senats genüge es nicht, im Impressum lediglich irgendeine E-Mail-Adresse zu nennen. Die angegebene Adresse müsse vielmehr eine schnelle Kontaktaufnahme sowie eine unmittelbare und effiziente Kommunikation ermöglichen. Dies ergebe sich aus Paragraph 5 Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) und den zugrunde liegenden europäischen Vorgaben. Weiter habe das Gericht ausgeführt, die

»

PROFIS von A-Z

DROHNENFLÜGE



**Professionelle
Drohnenflüge**
Luftaufnahmen · FPV · Inspektion

**Freigabe Sperrzone
ED-R Stade (Gasterminal)**

www.h1e.eu
Harsefeld · Tel. 04164 876 92 40

IMMOBILIEN

DIE IMMOBILIENEXPERTEN!

- VERMITTLUNG
- WERTERMITTLUNG
- PROJEKTENTWICKLUNG
- FINANZIERUNG
- HAUSVERWALTUNG



+49 (0) 4141-79 77 111
info@ish-immobilien.de
www.ish-immobilien.de

ISH IMMOBILIEN

GUTACHTEN



**Michaela Haase
HAASE Immobilien**



✓ **Zertifizierte
Sachverständige**
DIN EN ISO/IEC 17024, IQ-Zert

✓ **Verkehrswertgutachten
gemäß §194 BauGB**

Am Paschberg 1 · 27283 Verden
Tel. 0172 45 27 315
mail@haase-immo.com
www.haase-immo.com

IT-SICHERHEIT

NIS2 KRITIS ISO 27001 TISAX
Datenschutz

Anforderungen zur
Informationssicherheit
= Irrgarten?

Wir zeigen den Weg mit
passgenauen **Lösungen**
für Ihr Unternehmen.

Referenzrichtlinien * Bewertung & Auditierung
eigene Software zur Dokumentation

xmsplus 
manage your systems

Alter Marktplatz 8 21720 Steinkirchen
04142 / 8 116 94-0 https://xmsplus.de

INNOVATION



**MIG CUX
Freelancer**
Management · Innovation
Green Energy

SOCIAL MEDIA



Content Campus

Lerne Social Media strategisch
zu nutzen und gewinne mehr
Sichtbarkeit für dein Business.

**12 Monate Begleitung
24 online Workshops**

☎ 015110754035
www.videografin-cheyenne.de

Sichern Sie sich zusätzlich
10% Rabatt
bei 6 Ausgaben

Die Mindestbestellmenge beträgt 3 Ausgaben hintereinander



» gesetzlichen Anforderungen seien nicht erfüllt, wenn eingehende Nachrichten automatisch zurückgewiesen würden oder Nutzer unmittelbar auf andere Kommunikationswege ausweichen müssten. Zwar bestehe keine Verpflichtung, jede einzelne E-Mail auch inhaltlich zu beantworten. Die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme müsse aber tatsächlich eröffnet werden. Eine im Impressum genannte Adresse, die von vornherein keine Nachrichten entgegennehme, gewährleiste gerade keine Kommunikation mit dem Anbieter. Nach Ansicht des Senats berühre ein solcher Verstoß nicht nur einzelne Verbraucher,

sondern die Interessen einer Vielzahl von Nutzern. Die Impressumspflicht solle gewährleisten, dass Verbraucher Unternehmen unkompliziert erreichen könnten. Werde lediglich der Anschein einer Kontaktmöglichkeit geschaffen, ohne dass diese tatsächlich bestehe, seien die kollektiven Verbraucherinteressen betroffen.

Die Entscheidung verdeutlicht, dass die Impressumspflicht keine bloße Formalie ist. Unternehmen müssen nicht nur eine E-Mail-Adresse veröffentlichen, sondern auch sicherstellen, dass diese tatsächlich funktionsfähig und für Anfragen erreichbar ist. Für Betreiber von Online-Shops

und Plattformen kann das Urteil deshalb Anlass sein, die im Impressum angegebenen Kommunikationswege regelmäßig zu überprüfen. ■

Kammergericht Berlin, Versäumnisurteil vom 11. August 2026 – 5 UKI 1/26

Eike Thiel IHK Elbe-Weser

04141 524-152

eike.thiel@elbeweser.ihk.de

Kirill Ulitskiy IHK Elbe-Weser

04141 524-177

kirill.ulitskiy@elbeweser.ihk.de

UNSERE BÖRSE

Die Nachfolgebörse NEXXT-CHANGE

dient dazu, Existenzgründern den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und für bestehende Unternehmen Nachfolger zu finden. Unter „Angebote“ inserieren Betriebe, die einen Nachfolger oder tätigen Teilhaber suchen, unter „Nachfrage“ alle, die sich allein oder mit Partner selbstständig machen wollen.

Aus der Chiffre ist der Sitz der jeweiligen IHK erkennbar, in deren Bezirk der Inserent seinen Sitz hat. Angebote und Nachfragen werden von der IHK Elbe-Weser entgegengenommen. Die komplette Börse kann im Internet (www.nexxt-change.org) abgerufen werden.

Bei den Inseraten aus IHK-Börsen gelten die Bedingungen der jeweiligen Börse. Diese sind aufzufinden unter www.nexxt-change.org (interner Link „Über Börse“).

Peter Al Yaakoub IHK Elbe-Weser

04141 524-284

peter.alyaakoub@elbeweser.ihk.de

Servicequalität als Wettbewerbsvorteil

Eintägiges IHK-Seminar in Stade

Guter Service schafft Vertrauen, stärkt die Kundenbindung und kann zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil werden. Doch was macht hervorragenden Service aus? Wie gelingt es, Kunden nachhaltig zu begeistern?

Antworten darauf bietet das IHK-Seminar „Servicequalität in sechs Schritten“ am 11. November in Stade. Es richtet sich an Fach- und Führungskräfte im direkten Kundenkontakt. Die Teilnehmenden lernen praxisnah, wie sie Servicequalität gezielt verbessern, typische Servicefehler vermeiden und Beschwerden als Chance nutzen können. Auch das bewusste Wahrnehmen und Einsetzen verbaler und non-

verbaler Signale steht im Fokus. Ziel ist es, die eigenen Fähigkeiten in Beratung und Verkauf weiterzuentwickeln und Service gezielt als Erfolgsfaktor für eine langfristige Kundenbindung einzusetzen.

Das eintägige Seminar soll den Teilnehmenden neue Perspektiven auf Führung vermitteln und ihre Handlungssicherheit im Umgang mit unterschiedlichen Persönlichkeitstypen und anspruchsvollen Führungssituationen nachhaltig stärken. Das Seminarentgelt beträgt 310 Euro. ■

Weitere Informationen / Anmeldung:
www.ihk.de/elbeweser/kurse

Foto: @gettyimages/courtneyk



VERBRAUCHERPREISINDEX

für Deutschland

August 2025	Juli 2026	August 2026	Veränderungen gegenüber Vorjahresmonat vH
122,3	125,6	125,8	3,5

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland (aktuelles Basisjahr 2020)

Der Verbraucherpreisindex wird in fünfjährigem Abstand einer Revision unterzogen und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Ab dem Berichtsmonat Januar 2023 erfolgte die Umstellung vom Basisjahr 2015 auf das Basisjahr 2020.

Bei Fragen zur Umstellung Ihres Vertrages auf den aktuellen Preisindex stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

SPRECHTAGE

IHK-Sprechtage für
Patent- und Schutzrecht

Die Innovationsförderung der IHK bietet gemeinsam mit Patentanwälten eine kostenfreie und individuelle Beratung für Schutzrechte an. Sie geben Auskünfte zu Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes, zum Beispiel Patente, Marken, Design.

Termine:

28. Oktober 2026, Lüneburg

25. November 2026, Stade

13. Januar 2026, telefonisch

Strategische
Innovationsberatung

Vertraulich, neutral und interdisziplinär analysiert die IHK-Innovationsförderung mit Ihnen gemeinsam, wie Sie Ihr Unternehmen strategisch für die Zukunft aufstellen. Chancen und Risiken werden ebenso beleuchtet wie neue Technologien (wie beispielsweise Digitalisierung oder 3D-Druck) und sich daraus erweiternde Geschäftsmodelle.

Der Termin wird individuell vereinbart.

Auskünfte: IHK Elbe-Weser,
Michael Petz, Telefon: 04141 524 - 121,
E-Mail: michael.petz@elbeweser.ihk.de

IMPRESSUM



Wirtschaft Elbe Weser, 74. Jahrgang

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer Elbe-Weser

Redaktion: Kirsten Kronberg (vwtl.),

Redaktionsassistent: Franziska Skrey-Schulze

Gesamtherstellung: Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG

Gestaltung: Kirsten Kronberg, Anschrift der Redaktion:

IHK Elbe-Weser, Postfach 14 29, 21654 Stade, Telefon: 04141 524-0, Fax: 04141 524-115,
E-Mail: kirsten.kronberg@elbeweser.ihk.de, Geschäftsstelle Cuxhaven: Altenwalder Chaussee 7,
27474 Cuxhaven, Telefon: 04721 7216-0, Fax: 04721 7216-261, Geschäftsstelle Verden:
Roggenkamp 1, 27283 Verden, Telefon: 04231 9246-0, Fax: 04231 9246-240

Verlag und Anzeigenverwaltung: Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG, pHG: Hansisches
Verlagskontor GmbH, Geschäftsführer: Dr. Michael Platzköster, Konrad-Adenauer-Straße 4,
23558 Lübeck, Telefon: 0451 7031-285, E-Mail: mueller.bastian@mediamagneten.de

Mediaberatung im Auftrag der Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG:

pb marketing, Pirkko Peitz, Telefon: 04721 39 87-593, E-Mail: pb-marketing@t-online.de

Auflage: 14.008. Die Zeitschrift ist das offizielle Organ der IHK Elbe-Weser und wird beitragspflichtigen kammerzugehörigen Unternehmen im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ohne besonderes Entgelt geliefert. Sie erscheint sechsmal jährlich zu Beginn der geraden Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder. Diese stimmt nicht unbedingt mit der Auffassung der IHK Elbe-Weser überein. Die Redaktion übernimmt für unaufgefordert eingesandte Manuskripte keine Verantwortung und behält sich deren Verwendung oder Kürzung vor.

Erscheinungsdatum: 13. Oktober 2026

Vollbeilage: **WORTMANN AG | IT Made in Germany**



Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen
der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK.
verbreitete Auflage II. Quartal 2026: 14.008



Fotos: IHK Elbe-Weser/Jörg Struwe

DIHK baut Kampagne „Wir unternehmen das“ aus

Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Elbe-Weser-Raum können sich ganz einfach beteiligen

Inmitten zentraler wirtschaftspolitischer Weichenstellungen baut die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) ihre bundesweite Kampagne „Wir unternehmen das“ weiter aus. Ziel ist es, die Rolle der Unternehmerinnen und Unternehmer für den Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichtbarer zu machen. In der laufenden Reformdebatte treten sie zusammen mit den Industrie- und Handelskammern für die Stärken der sozialen Marktwirtschaft ein.

„Deutschland braucht jetzt den Mut zu echten Reformen und den Blick auf diejenigen, die jeden Tag Lösungen schaffen“, sagt DIHK-Präsident Peter Adrian zum Ausbau der Initiative der deutschen Industrie- und Handelskammern mit zusammen mehr als drei Millionen Mitgliedsunternehmen. „Unsere Kampagne setzt bewusst ein positives Signal in einer Zeit, die oft von Unsicherheit geprägt ist. Sie zeigt, wie Unternehmerinnen und Unterneh-

mer täglich Verantwortung übernehmen, Chancen nutzen und unser Land voranbringen.“

Die Kampagne zeigt Unternehmerinnen und Unternehmer aus allen Regionen und Branchen. Der Claim „Wir unternehmen das“ betont die Rolle unternehmerischen Engagements bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen – von Ausbildung über Digitalisierung und industrielle Innovation bis hin zu globalen Märkten und gesellschaftlichem Zusammenhalt. „Wir rücken die Kernwerte der sozialen Marktwirtschaft in den Mittelpunkt: Verantwortung und Freiheit“, so Adrian. „Unternehmertum heißt für uns, Lösungen zu schaffen, Chancen zu nutzen und Zukunft zu gestalten.“ Wer an der Kampagne teilnehmen möchte, kann sich auf der Kampagnenwebsite <https://www.wir-unternehmen-das.de/initiative> kurz registrieren und dann mit Hilfe der dort zur Verfügung gestellten Vorlagen direkt selbst loslegen.

Themenplanung 2026

AUSGABE	TITELTHEMA	SONDERTHEMA
1/2.26	› Aus- u. Weiterbildung	› Buxtehuder Ausbildungsmesse 2026 › Azubi-Speed-Dating Stade und Cuxhaven › WINDFORCE Conference 2026 › Messe Logistics Connect
3/4.26	› Zukunftsregion Elbe-Weser	› Power to business: Eventplanung 2026 › BERATUNG: Finanzen › Ausbildung 2026 – Last Minute › Darstellung Powerhouse Nord › Darstellung DOIZ Deutsches Offshore-Industrie-Zentrum Cuxhaven
5/6.26	› Außenwirtschaft	› Unternehmensdarstellungen international › BERATUNG: Recht Steuern Versicherung › NACHHALTIG: Mobilität Logistik Transport Verpackung › Messe Tarmstedter Ausstellung 2026
7/8.26	› Existenzgründung und Nachfolge	› WindEnergy Messe 2026 › BERATUNG: IT Digitalisierung KI › NACHHALTIG: Gewerbe-, Büro- u. Objektbau › SPECIAL: Ausbildungsmessen der Region
9/10.26	› Sicherheit	› NACHHALTIG: Energie Entsorgung Recycling
11/12.26	› Kommunalwahlen/ IHK-Vollversammlungswahl	› Ausbildung 2027 › BERATUNG: Marketing Werbung Aussendarstellung › Bestenehrung › Weihnachtsgrüße

Planung 2027:

Haben Sie Ideen für Sonderthemen?

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen – Sprechen Sie uns gerne an.

17/9/26

Ich berate Sie über die Möglichkeiten Ihrer Werbeflatzierung:



Pirkko Peitz Mediaberatung

Telefon 04721 3987593, Telefax 04721 3987592

Email: pb-marketing@t-online.de

welt

**DEUTSCHLANDS
BESTE
ARBEITGEBER**

Matthäi

SEHR HOHE ATTRAKTIVITÄT

Bevölkerungsumfrage
www.arbeitgeber-image.de
ServiceValue GmbH 10|2025

Verantwortlich für Marktforschung und Auszeichnung
ist die ServiceValue GmbH



**HAUPT
PARTNER**

MATTHÄI

WIR BAUEN AUF DEINE KARRIERE

An über 75 Standorten bietet die Matthäi-Gruppe vielfältige Karriere-chancen in den unterschiedlichsten Berufsfeldern. Ob im Büro oder direkt auf der Baustelle – bei uns erwarten Dich optimale Arbeitsbe-dingungen und ein Umfeld, in dem Du Dich beruflich weiterentwickeln kannst. Dass wir dabei vieles richtig machen, bestätigt auch unsere Auszeichnung als einer von Deutschlands besten Arbeitgebern. Werde Teil eines starken Teams, bring Deine Fähigkeiten ein und gestalte gemeinsam mit uns die Zukunft. Nutze Deine Chance und starte Deine Karriere bei Matthäi. Bewirb Dich jetzt!

karriere.matthaei.de/424
bewerbung@matthaei.de

